**Zeitschrift:** Itinera : Beiheft zur Schweizerischen Zeitschrift für Geschichte = supplément de la Revue suisse d'histoire = supplemento della Rivista storica svizzera

**Herausgeber:** Schweizerische Gesellschaft für Geschichte

**Band:** 21 (1999)

**Rubrik:** Die Anfänge des Territorialstaats und vormoderne Verwaltung

**Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

**Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

**Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF:** 02.10.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch**

# Die Anfänge des Territorialstaats und vormoderne Verwaltung

# Verwaltungspersonal und Verwaltungspraxis

## Die Territorien Hessen und Württemberg

Christian Hesse

Im 14. und 15. Jahrhundert kann im Alten Reich eine Intensivierung der Herrschaft durch die einzelnen Landesherren in ihren jeweiligen Territorien beobachtet werden. Eine wichtige Rolle kam dabei der Schaffung und dem Ausbau einer Verwaltung zu, mit der die verschiedenen Rechte durchgesetzt, wirtschaftlich effizient genutzt und der steigende landesherrliche Finanzbedarf sichergestellt werden konnte. Im Zuge dieses Ausbaus, der in den südlichen und westlichen Territorien des Reiches früher begann als in den nördlichen und östlichen, entstand an der landesherrlichen Residenz eine zentrale Verwaltung mit Kanzlei und Kammer sowie auf dem Land eine lokale Verwaltung, die Geld- und Naturalabgaben einzog. Damit verbunden waren ein Anstieg der Anzahl und eine Professionalisierung der im landesherrlichen Dienst stehenden Personen, eine Differenzierung und Institutionalisierung der verschiedenen Aufgabenbereiche und eine Rationalisierung der Abläufe.[1] Neben den jeweiligen wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Grundbedingungen waren es die landesherrlichen Amtsträger, das heisst die vormodernen Beamten, die diese Veränderungen durch ihre Persönlichkeit prägten, indem sie ihr Wissen in ihren Tätigkeitsbereich einbrachten und so zu einer Weiterentwicklung der Verwaltung beitrugen. Sie sind deshalb im folgenden eingehend zu untersuchen.[2]

Am Beispiel der Landgrafschaft Hessen wird mit Hilfe verschiedener Indikatoren untersucht, wie sich derartige Entwicklungen und «Modernisierungen» in der spätmittelalterlichen Territorialverwaltung und hierbei vor allem

1 Grundlegend Dietmar Willoweit, «Die Entwicklung und Verwaltung der spätmittelalterlichen Landesherrschaft», in: Kurt G. A. Jeserich et al., Hg., *Deutsche Verwaltungsgeschichte*, Bd. 1, Stuttgart 1983, S. 66–143; Ernst Schubert, *Fürstliche Herrschaft und Territorium im späten Mittelalter* (= *Enzyklopädie Deutscher Geschichte* 35), München 1996; Heinrich Dormeier, *Verwaltung und Rechnungswesen im spätmittelalterlichen Fürstentum Braunschweig-Lüneburg* (= *Veröffentlichungen der historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen* 37), Hannover 1994; Hans Patze, Hg., *Der deutsche Territorialstaat im 14. Jahrhundert* (= *Vorträge und Forschungen* 13/14), Sigmaringen 1970/71; Peter Moraw, «Die Entfaltung der deutschen Territorien im 14. und 15. Jahrhundert», in: Gabriel Silagi, Hg., *Landesherrliche Kanzleien im Spätmittelalter* (= *Münchener Beiträge zur Mediävistik und Renaissance-Forschung* 35), München 1984, S. 61–108. Zur Begrifflichkeit vergleiche unter anderem Schubert, Fürstliche Herrschaft (wie Anm. 1), S. 20f., 31; Peter Moraw, «Über Entwicklungsunterschiede und Entwicklungsausgleich im deutschen und europäischen Mittelalter», in: Rainer C. Schwinges, Hg., *Über König und Reich*, Sigmaringen 1995, S. 293–320, hier unter anderem S. 305; ders., «Gelehrte Juristen im Dienst der deutschen Könige (1273–1493)», in: Roman Schnur, Hg., *Die Rolle der Juristen bei der Entstehung des modernen Staates*, Berlin 1986, S. 77–147, hier S. 80.

2 Die Untersuchung ist Bestandteil eines Forschungsprojektes, das sich mit dem spätmittelalterlichen Verwaltungspersonal einzelner Territorien des Reiches befasst. Für die Übernahme der Kosten für Archivaufenthalte danke ich der Hochschulstiftung der Universität Bern.

auf der lokalen Ebene zeigen.[3] Als Indikatoren dienen die Verwaltungspraxis in der Lokalverwaltung, das Sozial- und Wissensprofil der landesherrlichen Amtsträger sowie das Verwaltungsschriftgut.[4] Bei der Verwaltungspraxis wird nach der Differenzierung von Abläufen und der Institutionalisierung von Funktionen gefragt,[5] während das Sozial- und Wissensprofil anhand von Herkunft, Pfründenbesitz und Bildung niederer Amtsträger in der Landgrafschaft Hessen ermittelt wird.[6] Beim Verwaltungsschriftgut wird untersucht, wann Amtsrechnungen nach sachlichen Gesichtspunkten gegliedert, wann Ordnungen für die Finanzverwaltung erlassen und wann Verzeichnisse erstellt wurden, die einen Überblick über die landesherrlichen Amtsträger und die Verwaltungsausgaben ermöglichten. Ein kurzer Vergleich mit Württemberg im gleichen Zeitraum soll Entwicklungsunterschiede zwischen den Verwaltungen von zwei in unterschiedlichen Räumen gelegenen Territorien im Spätmittelalter aufzeigen und die Aussagekraft der gewählten Indikatoren bewerten.[7]

## Landgrafschaft Hessen

Für die Landgrafschaft Hessen sind im Spätmittelalter eine stark agrarisch geprägte Wirtschaft, die Existenz zahlreicher kleiner landesherrlicher Städte und die Zweiteilung des Territoriums charakteristisch. Das nach Norden

3 Unter Modernisierungen werden im folgenden Bestandteile eines Prozesses verstanden, der zur neuzeitlichen Staatlichkeit mit ihrer uns vertrauten Bürokratie geführt hat. Wesentlicher Punkt ist – im Sinne Max Webers – die Rationalisierung der Herrschaft, das heisst der «Vorgang der Einbindung der Herrschaft in sachbezogene, zweckrationale und transpersonale Formen ihrer Ausübung», Pankraz Fried: «‹Modernstaatliche› Entwicklungstendenzen im bayerischen Ständestaat des Spätmittelalters», in: Patze, Der deutsche Territorialstaat (wie Anm. 1), S. 301–341, hier S. 309–322, Zitat S. 313. Bei dieser Rationalisierung spielt die «bureaukratische» Verwaltung, bei der die Beamten sachlichen Amtspflichten gehorchen, feste Amtskompetenzen besitzen, über eine Fachqualifikation verfügen und mit festen Gehältern in Geld bezahlt werden, eine entscheidende Rolle, Max Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft*, Tübingen 1980[5], unter anderem S. 126–129. Kriterienkatalog «Traditional» – «Modern» auch bei Hans-Ulrich Wehler, *Modernisierungstheorie und Geschichte*, Göttingen 1975, unter anderem S. 15–17.

4 Dazu Hans Patze, «Neue Typen des Geschäftsschriftgutes im 14. Jahrhundert», in: Patze, Der deutsche Territorialstaat (wie Anm. 1), S. 9–64, sowie ders., «Die Herrschaftspraxis der deutschen Landesherren», in: Werner Paravicini und Karl F. Werner, Hg., *Histoire comparée de l'administration (IVe–XVIIIe siècles)* (= *Beihefte der Francia* 9), Zürich 1980, S. 363–391; Alfred Zangger, *Grundherrschaft und Bauern*, Zürich 1991, S. 77–109.

5 Schubert, Fürstliche Herrschaft (wie Anm. 1), S. 31.

6 Der Untersuchungszeitraum ist durch die Gründung der Universität Erfurt 1392 einerseits und durch die Überwindung des ständischen Regiments 1514 andererseits gegeben. Insgesamt konnten in dieser Zeit 863 niedere Amtsträger (Rentmeister, Schreiber und Schultheissen) ermittelt werden. Grundlage für die prosopographischen Untersuchungen zur Landgrafschaft bildet die Studie von Karl E. Demandt, *Der Personenstaat der Landgrafschaft Hessen im Mittelalter* (= *Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Hessen* 42), Marburg 1981. Die Ergebnisse von Demandt wurden durch eigene Nachforschungen besonders im Staatsarchiv Marburg und durch eine Auswertung der edierten Universitätsmatrikel des deutschsprachigen Raumes ergänzt. Zu den grossen Identifikationsproblemen, die sich bei der Bearbeitung der spätmittelalterlichen Amtsträger ergeben, vergleiche unter anderem Dormeier, Verwaltung und Rechnungswesen (wie Anm. 1), S. 369f.

7 Zu diesen Indikatoren vergleiche unter anderem Schubert, Fürstliche Herrschaft (wie Anm. 1), S. 106–108; Moraw, Die Entfaltung (wie Anm. 1), dort auch Hinweis auf die Räume (S. 96f.).

und Osten hin orientierte Niederhessen mit Kassel als wichtigster Residenz und das gegen den Rhein, nach Süden und Westen hin, Richtung Oberdeutschland ausgerichtete Oberhessen mit Marburg als weiterer Residenz und Grablege der Dynastie unterschieden sich in wirtschaftlicher, kultureller und politischer Hinsicht.[8] Bis zum Erwerb der Grafschaft Ziegenhain im Jahre 1450 waren beide Teile nur geographisch voneinander getrennt, zwischen 1458 und 1500 dann auch politisch. Nach der Landesteilung 1458 wurde in der Folge an den beiden Residenzen – Marburg und Kassel – je eine zentrale Verwaltung aufgebaut. In der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts festigte sich ausserdem die Position der Landgrafschaft innerhalb des Reiches, vor allem gegenüber seinen Nachbarn, wozu die Erfolge über das Erzstift Mainz und besonders der Erwerb der Grafschaft Katzenelnbogen 1479 beitrugen. Letztere brachte die Landgrafschaft in den Besitz wichtiger Rheinzölle und der entsprechenden Einkünfte sowie zu einer fortschrittlichen Verwaltung. Nach der Wiedervereinigung beider Landesteile unter dem niederhessischen Landgrafen Wilhelm II. im Jahre 1500 wurde Kassel wichtigste Residenz und Sitz der zentralen Verwaltung, während Marburg das im gleichen Jahr errichtete Hofgericht erhielt. Diese Entwicklungen sind entscheidend für die zahlreichen Reformen, die die hessische Verwaltung vor allem in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts erfahren hat. Sie holte in dieser Zeit den zuvor gegenüber anderen Territorien zu beobachtenden Rückstand auf.[9]

Im Zuge einer Differenzierung der Verwaltung am landgräflichen Hof lassen sich um die Mitte des 15. Jahrhunderts Ansätze zu einer zentralen Finanzverwaltung, der Kammer, finden. Hier prüfte der 1441 erstmals namentlich genannte Kammerschreiber zusammen mit dem Hofmeister die Amtsrechnungen.[10] Etwa zeitgleich wurde die Kanzlei ausgebaut. Ihr stand ein 1438 erstmals erwähnter Kanzler vor, der wiederum über mehrere Kanzleischrei-

8 Zur Geschichte Hessens im Spätmittelalter unter anderem Peter Moraw, «Das späte Mittelalter», in: Walter Heinemeyer, Hg., *Das Werden Hessens* (= *Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Hessen* 50), Marburg 1986, S. 195–223; Karl E. Demandt, *Geschichte des Landes Hessen*, Marburg 1972.

9 Moraw, Das späte Mittelalter (wie Anm. 8), S. 209.

10 Zur hessischen Verwaltung Kersten Krüger, *Finanzstaat Hessen 1500–1567: Staatsbildung im Übergang vom Domänenstaat zum Steuerstaat* (= *Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Hessen: XXIV. Quellen und Darstellungen zur Geschichte des Landgrafen Philipp des Grossmütigen* 5), Marburg 1980, besonders S. 51–64; Kurt Dülfer, «Fürst und Verwaltung: Grundzüge der hessischen Verwaltungsgeschichte im 16.–19. Jahrhundert», in: *Hessisches Jahrbuch für Landesgeschichte* 3, 1953, S. 150–223; Franz Gundlach, *Die hessischen Zentralbehörden*, Bd. 1 (= *Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Hessen und Waldeck* 16), Marburg 1931; Ludwig Zimmermann, *Die Zentralverwaltung Oberhessens unter dem Hofmeister Hans von Dörnberg* (= *Quellen und Forschungen zur hessischen Geschichte* 28), Darmstadt 1974, S. 163–192. Zur Finanzverwaltung allgemein Schubert, Fürstliche Herrschaft (wie Anm. 1), S. 34f.; Elisabeth Bamberger, «Die Finanzverwaltung in den deutschen Territorien des Mittelalters (1200–1500)», in: *Zeitschrift für die gesamte Staatswirtschaft* 77, 1922/23, 1923, S. 168–255.

ber verfügte.[11] Neben der Erweiterung und Spezialisierung in der zentralen Verwaltung fand ein Ausbau der lokalen Verwaltung und eine Differenzierung ihrer Aufgabenbereiche statt, wie anhand der erhaltenen Amtsrechnungen nachvollzogen werden kann.[12] Allerdings kann im untersuchten Zeitraum noch nicht von einer klaren Trennung zwischen der Zentral- und der Lokalverwaltung gesprochen werden.[13] Die lokale Verwaltung beruhte im 15. Jahrhundert auf den Ämtern, deren Zentren Städte und in abnehmender Zahl Burgen bildeten.[14] An der Spitze dieser Ämter stand der meist adlige Amtmann, der im 14. Jahrhundert grundsätzlich für den militärisch-gerichtlichen und, vor allem auf dem Land, teilweise auch für den finanziellen Bereich eines oder mehrerer Ämter zuständig war. Der Schultheiss wiederum war innerhalb der Stadt für die rechtlichen Angelegenheiten verantwortlich und hatte die Rechnung über die landesherrlichen Gefälle in der Stadt zu führen.[15] Diese Amtsträger verfügten in der Regel über einen Schreiber und in einzelnen Fällen über einen Kellerar oder Fruchtmesser, der die Naturalien verwaltete. Im 15. Jahrhundert, vor allem in der zweiten Hälfte, fand eine Diversifizierung der verschiedenen Aufgabenbereiche statt, deren Ursachen, Abläufe und Ergebnisse beim jetzigen Stand der Forschung noch nicht genau beschrieben, sondern nur aufgrund erster Beobachtungen thematisiert werden können. In Ober- und Niederhessen verlief dieser Prozess unterschiedlich. In Oberhessen übernahm – bei aller Vielfalt – der sogenannte Rentmeister administrative, gerichtliche und in Ansätzen auch militärische Aufgaben. In Niederhessen dagegen kam es zu einer Abtrennung der gerichtlichen Aufgaben, für die der Schultheiss verantwortlich blieb, von jenen der Finanzverwaltung, für die der Rentschreiber zuständig wurde.

In Oberhessen wurde der vom Amtmann unabhängige Rentmeister im letzten Viertel des 14. Jahrhunderts erstmals in Marburg und Grünberg genannt, in den kleineren Ämtern später. Grundsätzlich war der Rentmeister für die Finanzverwaltung eines oder mehrerer Ämter zuständig, worunter im

11 Gundlach, Die hessischen Zentralbehörden (wie Anm. 10), S. 36–41; Demandt, Der Personenstaat (wie Anm. 6), Nr. 2792.

12 Staatsarchiv Marburg (im folgenden: StAM), Rechnungen I. Eine Übersicht über die vorhandenen Rechnungen gibt Karl E. Demandt, *Das Schriftgut der landgräflich hessischen Kanzlei im Mittelalter (vor 1517), Verzeichnis der Bestände: II. Rechnungen und Rechnungsbelege* (= *Repertorien des Hessischen Staatsarchivs Marburg*), Ms. Marburg 1969; auch Elsbet Orth, «Amtsrechnungen als Quelle spätmittelalterlicher Territorial- und Wirtschaftsgeschichte», in: *Hessisches Jahrbuch für Landesgeschichte* 29, 1979, S. 36–62; zu Amtsrechnungen allgemein Dormeier, Verwaltung und Rechnungswesen (wie Anm. 1), S. 10–14 (mit weiteren Literaturhinweisen).

13 Dazu Schubert, Fürstliche Herrschaft (wie Anm. 1), S. 22; Moraw, Das späte Mittelalter (wie Anm. 8), S. 203f.; Willoweit, Die Entwicklung und Verwaltung (wie Anm. 1), S. 125.

14 Zu diesem «Urbanisierungsvorgang» vergleiche Schubert, Fürstliche Herrschaft (wie Anm. 1), S. 79.

15 Vergleiche auch Krüger, Finanzstaat Hessen (wie Anm. 10), S. 60; Zimmermann, Die Zentralverwaltung Oberhessens (wie Anm. 10), S. 163–166; Adolf Stölzel, *Die Entwicklung des gelehrten Richterthums in deutschen Territorien*, Bd. 1, Stuttgart 1872, S. 142–165. Die Aufgabenbereiche überschnitten sich noch häufig und waren nicht in jedem Amt identisch.

wesentlichen die Verwaltung der dem Landgrafen zustehenden Einkünfte und die damit verbundenen Ausgaben zu verstehen ist.[16] Damit war um 1500 in Oberhessen in der Regel der Rentmeister für die Amtsrechnung verantwortlich und hatte der Zentrale Rechenschaft abzulegen. Unterstützt wurde er dabei möglicherweise durch einen Schreiber, der sich wegen der lückenhaften Überlieferung der Rechnungen aber selten nachweisen lässt und wahrscheinlich nur gelegentlich, zum Beispiel für die Reinschrift der Amtsrechnung, angestellt wurde. Mit Sicherheit kann seit etwa 1460 nur in Marburg gleichzeitig neben dem Rentmeister ein ausdrücklich als Rentschreiber bezeichneter Amtsträger nachgewiesen werden. Dieser schrieb das Geldregister, für welches der Rentmeister verantwortlich zeichnete, und war wahrscheinlich selbst für die Abrechnung der Naturalien zuständig.[17] Von entscheidender Bedeutung ist, dass der Rentmeister zusätzlich Aufgaben des Schultheissen und mit Einschränkungen auch solche des Amtmannes wahrnahm. Zu Beginn des 16. Jahrhunderts vertrat er zum Beispiel in Nidda den Amtmann, wenn dieser abwesend war.[18]

Einer Verwaltungslandschaft anderen Charakters muss dagegen Niederhessen zugewiesen werden, wo in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts ebenfalls eine Diversifizierung der Verwaltungsaufgaben stattfand, in der Residenzstadt Kassel vermutlich früher als in den anderen Ämtern. Den Rentmeister im Sinne eines für die Finanzverwaltung verantwortlichen Funktionsträgers gab es seit etwa 1450 kontinuierlich nur in Rotenburg und Homberg/Efze, in anderen Ämtern, wie zum Beispiel Kassel, nur für kurze Zeit, vor allem im dritten Viertel des 15. Jahrhunderts.[19] Die Rechenschaft legte um 1500 grundsätzlich der Rentschreiber ab. Diese Funktion hatte ihren Ursprung im Schreiberamt des Schultheissen, von dem sie sich in Etappen teilweise löste. In einer ersten Etappe schrieb der Schreiber nicht mehr allein die Rechnungsbücher ins reine, sondern führte auch unter seinem Namen das Register der Naturalien. In einem zweiten Schritt, der in das

16 Unter anderem Friedrich Küch, «Die ältesten Salbücher des Amtes Marburg», in: *Zeitschrift des Vereins für hessische Geschichte und Landeskunde* NF 29, 1905, S. 145–258, hier S. 171f.

17 Es haben sich keine Fruchtregister des Amtes Marburg erhalten. Allerdings könnte der Vermerk in den Ämterrezessen des Kassler Kammerschreibers von 1514, wonach der Marburger Rentmeister Jost Luncker noch Geld, der Rentschreiber Johannes Eschwege noch Korn etc. schuldig geblieben seien, ein Hinweis auf diesen Aufgabenbereich des Rentschreibers sein, StAM Rechnungen (wie Anm. 12), I 15/5, 58r–59r.

18 Karl E. Demandt, «Das hessische Verwaltungszentrum Nidda im 15. und 16. Jahrhundert», in: Ottfried Dascher, Hg., *Nidda: Die Geschichte einer Stadt und ihres Umlandes*, Nidda 1992, S. 55–89, hier S. 58; Stölzel, Die Entwicklung des gelehrten Richterthums (wie Anm. 15), S. 155–159. Im 16. Jahrhundert verstärkte sich diese Tendenz.

19 In der Literatur wird der Unterscheidung Rentmeister und Rentschreiber wenig Beachtung geschenkt. Auch Demandt, Der Personenstaat (wie Anm. 6), bezeichnet häufig die Schreiber als Rentschreiber (zum Beispiel Konrad Bruscher, Nr. 371), zuweilen auch einen Rentschreiber als Rentmeister (zum Beispiel Jakob Becker, Nr. 111), wofür sich jedoch in den Quellen keine Anhaltspunkte ergeben haben.

letzte Viertel des 15. Jahrhunderts fällt, erledigte er – jetzt als Rentschreiber – zusätzlich die Abrechnung der Gelder, wobei er aber vermutlich weiterhin dem Schultheissen unterstellt blieb. Weitere Aufgaben, insbesondere im Gerichtswesen, übernahm er nicht. Dieser veränderte Aufgabenbereich – von der Hilfskraft zum Verantwortlichen im Rechnungswesen – spiegelt sich womöglich in der neuen Funktionsbezeichnung Rentschreiber, die sich vorher in Niederhessen nicht nachweisen lässt. Nur Homberg/Efze verfügte gleichzeitig über einen Rentmeister und einen Rentschreiber, wobei die gleiche Aufgabenteilung wie im oberhessischen Marburg anzunehmen ist.[20] Im Unterschied zu Oberhessen zeichnete in Niederhessen nach 1500 nicht in allen Ämtern ein Amtsträger für die verschiedenen fiskalischen Aufgabenbereiche verantwortlich. Im niederhessischen Spangenberg beispielsweise haben sowohl der Amtmann, der Schultheiss wie auch der Rentschreiber mit dem Kammerschreiber zu Kassel abgerechnet.[21] Diese in Ober- und Niederhessen unterschiedliche Entwicklung und Institutionalisierung der Aufgabenbereiche deuten auf eine sich langsam entwickelnde Verwaltung hin, deren Aufgaben noch stark durch die Person des einzelnen Amtsinhabers sowie der jeweiligen rechtlichen und wirtschaftlichen Situation im Amt geprägt waren.[22]

Die Veränderungen innerhalb der hessischen Verwaltung in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts manifestieren sich auch in der sozialen Herkunft und Ausbildung der landesherrlichen Amtsträger – dem zweiten Indikator für Modernisierungsvorgänge. In beiden Teilen Hessens stammten die lokalen niederen Amtsträger fast ausschliesslich aus den landesherrlichen Städten oder Marktorten. Ihre erste Funktion übernahmen sie häufig in dem Amtsbezirk, aus welchem sie kamen oder welcher in unmittelbarer Umgebung ihres Herkunftsortes lag, also dort, wo ihr soziales Beziehungsnetz wirksam war. Im Unterschied zu den hochrangigen Amtsträgern am Hof, wie den Kanzlern oder gelehrten Räten, die nicht selten auch aus anderen Territorien stammten, finden wir unter dem niederen Verwaltungspersonal kaum Fremde.

In der Landgrafschaft erhielten meist Personen städtischer Herkunft die aufgeführten Ämter in der Lokalverwaltung. In Oberhessen konnte darüber hinaus am Beispiel Marburgs nachgewiesen werden, dass nach 1470 vermehrt Angehörige der neuen städtischen Führungsgruppen die Position des Rentmeisters besetzten. Zu Beginn des 16. Jahrhunderts übten ihre Vertreter die Rentmeisterfunktionen in Marburg, Blankenstein, Nidda und Wetter aus.

20 StAM Rechnungen (wie Anm. 12), I 15/5 (Kammerschreiber Kassel von 1514), 14r–15r.
21 StAM Rechnungen (wie Anm. 12), I 11/9 (Kammerschreiber Kassel von 1507/08), 11v, bzw. Rechnungen I 15/2 (Kammerschreiber Kassel von 1502), 39v.
22 Dormeier, Verwaltung und Rechnungswesen (wie Anm. 1), S. 9, weist darauf hin, dass deshalb generelle Aussagen schwierig sind.

Damit drangen sie auch in Positionen ein, die bis anhin dem Niederadel vorbehalten waren, da der Rentmeister in diesen Ämtern nicht nur administrative, sondern auch militärische Aufgaben wahrzunehmen hatte. Die Übernahme einer Funktion im landesherrlichen Dienst war für die Vertreter führender Familien attraktiv geworden, was einen hohen sozialen Wert eines landesherrlichen Amtes und gleichzeitig eine starke Einbindung der Stadt in das Territorium signalisieren könnte.[23] Es lassen sich in den genannten Ämtern, also dort, wo die Institutionalisierung weiter fortgeschritten war, vor 1500 Ansätze zur Bildung von Beamtendynastien finden. Geht man von der These aus, wonach ein landesherrliches Amt dann als verfestigt betrachtet werden kann, wenn sich bestimmte Personenverbände dafür interessieren und sich die Amtsinhaber durch ein klares Sozialprofil auszeichnen, kann die oberhessische Verwaltung gegen 1500 – im Unterschied zur niederhessischen – als vorläufig ausgebildet angesehen werden.[24]

Unmittelbar damit hängt ein anderes Phänomen zusammen. Die Zahl der Geistlichen unter dem für das Rechnungswesen verantwortlichen Personal war in Niederhessen bis gegen 1500 höher als in Oberhessen, wo sie seit etwa 1430 deutlich abgenommen hatte. Erst im letzten Viertel des 15. Jahrhunderts folgte Niederhessen dieser Entwicklung. Dort dienten die in den Amtsorten vorhandenen Kollegiatstifte – am eindrücklichsten jenes in Kassel – oder auch speziell für die Amtsinhaber reservierte Kaplaneien der Finanzierung der landesherrlichen Verwaltung.[25] Berücksichtigt man, dass Laien als Verwaltungspersonal eine zunehmende Bedeutung erlangten, so erscheint Oberhessen im Vergleich zu Niederhessen moderner.[26]

Die hohe Zahl bepfründeter Amtsträger spiegelt sich im Universitätsbesuch des landesherrlichen Personals. Der Anteil der Universitätsbesucher unter den Rentmeistern und Schreibern betrug zwischen 1451 und 1515 etwa 24%, wobei nach 1500 keine nachhaltige Steigerung – auch nicht unter den Kammer- und Kanzleischreibern – zu beobachten ist.[27] Die Ursachen für die-

23 Franz-Josef Verscharen, *Gesellschaft und Verfassung der Stadt Marburg beim Übergang vom Mittelalter zur Neuzeit* (= *Marburger Stadtschriften zur Geschichte und Kultur* 19), Marburg 1985, besonders S. 88–98.

24 Karl E. Demandt, «Amt und Familie: Eine soziologisch-genealogische Studie zur hessischen Verwaltungsgeschichte des 16. Jahrhunderts», in: *Hessisches Jahrbuch für Landesgeschichte* 2, 1952, S. 79–133. Diese Entwicklungen lassen sich auch in eidgenössischen Herrschaften erkennen, vergleiche zum Beispiel für Luzern Kurt Messmer und Peter Hoppe, *Luzerner Patriziat: Sozial- und wirtschaftsgeschichtliche Studien zur Entstehung und Entwicklung im 16. und 17. Jahrhundert* (= *Luzerner Historische Veröffentlichungen* 5), Luzern 1976.

25 Peter Moraw, «Hessische Stiftskirchen im Mittelalter», in: *Archiv für Diplomatik* 23, 1977, S. 425–458, hier besonders S. 451; Demandt, Der Personenstaat (wie Anm. 6), Nr. 2213.

26 Zum Begriff der «Laikalisierung» vergleiche Schubert, Fürstliche Herrschaft (wie Anm. 1), S. 32.

27 Für 94 der 391 Rentmeister, Keller (nur katzenelnbogische Gebiete) und Schreiber Hessens (eingeschlossen die nach 1479 in Katzenelnbogen ermittelten Amtsträger) konnte ein Studium ermittelt werden; vergleiche künftig Christian Hesse, «Landesherrliche Amtsträger: Artisten im Beruf», in: Rainer C. Schwinges, Hg., *Artisten und Philosophen. Wissenschafts- und Wirkungsgeschichte einer Fakultät vom 13. bis zum 19. Jahrhundert*, Basel 1999, im Druck.

sen etwa gleichbleibenden Anteil an studierten Amtsträgern dürften in der in diesem Zeitraum zu beobachtenden Institutionalisierung der Ämter und der dadurch beschleunigten Entklerikalisierung der hessischen Verwaltung zu suchen sein, da bis dahin besonders die geistlichen Amtsträger studiert hatten. Erst nach einer Übergangsphase stieg die Zahl der Universitätsbesucher, als sich Laien stadtbürgerlicher Herkunft für ein landesherrliches Amt interessierten, für das vielleicht zunehmend ein Studium vorausgesetzt wurde. Erfahrung in der landesherrlichen Verwaltung, eine nicht näher bekannte Ausbildung an einer städtischen Schule oder im väterlichen Unternehmen und soziale Herkunft waren aber mindestens ebenso wichtig wie ein Universitätsbesuch. Damit unterscheidet sich erneut das niedere vom höheren Verwaltungspersonal, also der Rentmeister oder Rentschreiber vom Kanzler oder bürgerlichen Rat, bei dem in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts eine deutliche Professionalisierung zu erkennen ist, da für diese Ämter ein juristisches Studium mit Graduierung nahezu vorausgesetzt wurde.[28]

Die Vermehrung und Differenzierung des Verwaltungsschriftgutes – der dritte Indikator – wird mit der Verdichtung von Herrschaft in Verbindung gebracht.[29] Diese These lässt sich auch für Hessen bestätigen, wo etwa zeitgleich mit der Festigung der politischen Situation, der Institutionalisierung von bestimmten Aufgabenbereichen und der sich verändernden Herkunft der Amtsträger in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts eine deutliche Intensivierung der Schriftlichkeit zu beobachten ist. Inwieweit sich diese Innovationen in der Verwaltungstechnik mit dem Wirken von einzelnen Amtsträgern in Zusammenhang bringen lassen, kann vorerst nur in Ansätzen anhand des Schriftgutes der zentralen Verwaltung im ausgehenden 15. Jahrhundert skizziert werden. Als Beispiel sind hier die zentral geführten, allerdings noch reichlich unübersichtlichen Personalverzeichnisse (Dienerbücher) oder die im Vergleich zu anderen Territorien spät erlassenen Landes- oder auch Hofordnungen (1497 bzw. 1501) zu nennen. Diese stark normativen Quellen, die auf eine Institutionalisierung fürstlicher Herrschaft hinweisen, können auf das Wirken von Juristen in der Funktion des Kanzlers oder gelehrten Rates, die häufig zuvor bereits anderen Herren gedient hatten und so in Kontakt mit derartigen Regulativa gekommen waren, zurückgeführt werden.[30] Schwieriger präsentiert sich der Sachverhalt für die

28 Hesse, Landesherrliche Amtsträger (wie Anm. 27). Zur Professionalisierung vergleiche Schubert, Fürstliche Herrschaft (wie Anm. 1), S. 28f.

29 Unter anderem Patze, Neue Typen des Geschäftsschriftgutes (wie Anm. 4), S. 9.

30 Schubert, Fürstliche Herrschaft (wie Anm. 1), S. 88–92; Dietmar Willoweit, «Allgemeine Merkmale der Verwaltungsorganisation in den Territorien», in: Jeserich, Deutsche Verwaltungsgeschichte (wie Anm. 1), S. 289–360, hier S. 292f.; Peter Moraw, «Über Landesordnungen im deutschen Spätmittelalter», in: Heinz Durchhardt und Gert Melville, Hg., *Im Spannungsfeld von Recht und Ritual* (= *Norm und Struktur* 7), Köln 1997, S. 187–201.

lokale Verwaltung. Die hessischen Amtsrechnungen wurden im Verlauf des 15. Jahrhunderts strukturierter – verglichen mit den Katzenelnbogener Rechnungen allerdings vergleichsweise spät.[31] Bis in die 90er Jahre des 15. Jahrhunderts gliederten vor allem kleinere Ämter die häufig geringen Einnahmen wie Ausgaben chronologisch und nicht nach sachlichen oder geographischen Gesichtspunkten. Nur Geld und die verschiedenen Naturalien wurden getrennt aufgeführt. Einzelne Ämter begannen bereits im ersten Drittel, die meisten jedoch in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts mit einer Gliederung nach sachlichen Kriterien, wobei fast überall mit dem Zusammenfassen der Ausgaben für die landesherrlichen Amtsknechte in der Rubrik Gesindelohn begonnen und so gerade bei den Personalausgaben Transparenz geschaffen wurde.[32] Zu Beginn des 16. Jahrhunderts ging man einen Schritt weiter, als mit der Unterteilung in ständige und nicht ständige Einnahmen bzw. Ausgaben begonnen und auf diese Weise eine rudimentäre Budgetierung ermöglicht wurde. Obwohl es offensichtlich ist, dass gerade die Rechnungsführung noch stark von der Person des jeweiligen Amtsträgers abhing, kann eine Veränderung in der Darstellung bis jetzt nur in Ausnahmefällen mit einer namentlich bekannten Person in Zusammenhang gebracht werden, da – einmal abgesehen von der lückenhaften Quellenüberlieferung – häufig nur der verantwortliche (zum Beispiel der Schultheiss), nicht aber der effektiv ausführende Amtsträger (zum Beispiel der Schreiber) bekannt ist. Vieles deutet darauf hin, dass die grösseren, herrschaftsdurchdringenden Innovationen, wie Ordnungen, durch Juristen eingeführt worden sind, während kleinere Fortschritte, wie eine bessere Gliederung der Rechnungen, durch niedere Amtsträger bewirkt wurden.

## Württemberg

Ein kurzer Vergleich mit der Grafschaft bzw. seit 1495 dem Herzogtum Württemberg zeigt, dass hier andere Bedingungen als in Hessen geherrscht haben. Württemberg war im 15. Jahrhundert äusserst intensiv in die Reichspolitik involviert, verfügte über enge Kontakte zu verwaltungstechnisch fortgeschrittenen Territorien wie Bayern, Österreich, Kleve oder gar Burgund, war viel stärker als Hessen städtisch geprägt und lag im wichtigen oberdeutschen Wirtschaftsraum. Charakteristisch ist nicht nur die überaus enge Verbindung zwischen landesherrlicher Stadt und Amtsbezirk, sondern

31 Karl E. Demandt, Bearb., *Regesten der Grafen von Katzenelnbogen 1060–1486*, Bd. 3, Wiesbaden 1956.

32 Zum Beispiel das niederhessische Felsberg 1413, StAM Rechnungen (wie Anm. 12), I, 46/3; für oberhessische Ämter siehe Zimmermann, Die Zentralverwaltung Oberhessens (wie Anm. 10), S. 174.

auch die Nähe zu zahlreichen bedeutenden Reichsstädten.[33] Wie Hessen wurde auch Württemberg nicht von politischen und dynastischen Krisen verschont. Anzuführen sind unter anderem die pfälzische Vormundschaft zwischen 1419 und 1426 sowie die Teilung der Grafschaft zwischen 1442 und 1482 in zwei Territorien, eines mit Urach, das andere mit Stuttgart als Hauptresidenz.[34]

Die Festigung der württembergischen Herrschaft in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts führte ebenfalls zu einem Ausbau der Verwaltung. Die Stadt wurde Zentrum des Amtes, und das städtische Gericht war zugleich Hochgericht für den Amtsbezirk. Der Amtmann, Vogt, Untervogt oder auch Schultheiss, die der Stadt und dem Amtsbezirk vorstanden, waren für die Verwaltung und die Rechtspflege verantwortlich. In grösseren Ämtern übernahm ein Kellerar die Verwaltung der landesherrlichen Einnahmen. Bereits in der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts wurde in einzelnen Ämtern begonnen, die Funktionen des Kellerars und Untervogtes oder Schultheissen in Personalunion wahrzunehmen.[35] Bis 1515 finden wir keine Funktion, die dem hessischen Rentschreiber entsprochen hätte, weshalb aufgrund der aussergewöhnlich starken Einbindung der Stadt in das Amt vermutlich der jeweilige Stadtschreiber den Schriftverkehr geführt haben muss, also zugleich Amtsschreiber war.[36] In der zentralen Verwaltung, die wie in Hessen im zweiten Viertel des 15. Jahrhunderts ausgebaut wurde, war es der 1463 erstmals genannte Landschreiber in der Kanzlei, der die Rechnungsabnahme vornahm.[37]

Die württembergischen Amtsträger unterschieden sich in ihrer Herkunft nur unwesentlich von ihren hessischen Berufskollegen. Die knapp 650 zwischen 1451 und 1514 ermittelten niederen Amtsträger entstammten – sofern sich der Nachweis erbringen lässt – grundsätzlich dem Bürgertum der landes-

33 Friedrich Wintterlin, *Geschichte der Behördenorganisation in Württemberg*, Teil 1, Stuttgart 1902, S. 7–10; Werner Rösener, «Landesherrliche Integration und innere Konsolidierung im württembergischen Territorialstaat des ausgehenden Mittelalters», in: Ferdinand Seibt und Winfried Eberhard, Hg., *Europa 1500*, Stuttgart 1987, S. 150–174, hier S. 167; Schubert, Fürstliche Herrschaft (wie Anm. 1), S. 21.

34 Zur Geschichte vergleiche Dieter Mertens, «Württemberg», in: *Handbuch der Baden-Württembergischen Geschichte: II. Die Territorien im Alten Reich*, Stuttgart 1995, S. 1–163, hier S. 37–98 (mit zahlreichen Literaturhinweisen); konzentriert auf die Verwaltung Heidrun Hofacker, *Kanzlei und Regiment in Württemberg im späten Mittelalter*, Diss. phil. Tübingen 1989.

35 Zur Lokalverwaltung detailliert Hofacker, Kanzlei und Regiment (wie Anm. 34), S. 149–156.

36 Entsprechende Hinweise lieferte die Amtsrechnung von Waiblingen aus den Jahren 1519/20, wo der Stadtschreiber eine Entschädigung für sein Pferd bekam, als er mit den Rechenbüchern in Stuttgart war, sowie Geld für das Schreiben der «sturz zedell» beim Stürzen der Frucht erhielt, Hauptstaatsarchiv Stuttgart, A 302, Nr. 13705, 40v bzw. 42r. Für das Mittelalter siehe die Nachweise bei Gerhart Burger, *Die Südwestdeutschen Stadtschreiber im Mittelalter*, Böblingen 1960, S. 141f., der einzelne Stadtschreiber auch als Verweser des Schultheissen- oder Untervogtamtes nachweisen kann.

37 Hofacker, Kanzlei und Regiment (wie Anm. 34), S. 48 – mit Hinweisen auf den Ausbau der zentralen Finanzverwaltung.

herrlichen Städte.[38] Seit dem ausgehenden 14. Jahrhundert drangen sie, besonders auch Vertreter der städtischen Ehrbarkeit, durch die Übernahme des Vogt-Amtes in Positionen des Niederadels ein, so dass Ende des 15. Jahrhunderts die adligen Amtleute in der Minderzahl waren. Letztere nahmen als Obervögte teilweise eine Oberaufsicht und Aufgaben im militärischen Bereich wahr oder hatten Funktionen am Hof, zum Beispiel als Rat, inne.[39] Damit zeigt sich in Württemberg bereits um 1500 ein Zustand, der in Hessen in dieser Zeit erst in Ansätzen zu erkennen ist. Es erstaunt deshalb nicht, dass wir in der Grafschaft früher als in Hessen eigentliche Familiendynastien in den lokalen Verwaltungsämtern beobachten können, nicht nur bei den Stadtschreibern, sondern auch bei den Vögten.[40]

Die immer zahlreicher werdenden Fälle einer Bündelung der gerichtsherrlichen und verwaltungstechnischen Aufgaben in der Hand einer Person schliessen eine Bepfründung der Amtsinhaber aus, so dass trotz misslicher Quellenlage davon auszugehen ist, dass die Zahl der Kleriker in der württembergischen Lokalverwaltung im 15. Jahrhundert geringer war als in Ober- und mit Sicherheit in Niederhessen. Allerdings waren einzelne Kellerare – besonders dort, wo sich Kollegiatsstifte befanden – und wenige Stadtschreiber noch in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts Geistliche.

Auch in Württemberg, das über eine vergleichsweise moderne Verwaltung und nach 1477 sogar über eine eigene Universität in Tübingen verfügte, spielte der Studiennachweis eine immer wichtigere Rolle, doch für die niederen Funktionen in der Lokal- und Zentralverwaltung war er nicht erforderlich – im Unterschied zu führenden Positionen in der zentralen Verwaltung, wenn man die laufend steigende Zahl von graduierten Kanzlern und Räten in Betracht zieht. Zwischen 1451 und 1514 liess sich bei etwa 15% des niederen Verwaltungspersonals (Schreiber, Untervögte und Keller) ein meist artistisches Studium nachweisen, wobei der Anteil nach 1500 auf fast 26% stieg. Zusätzlich finden sich unter den Schreibern 13 Notare, die nicht an einer Universität nachgewiesen werden konnten.[41] Hinter diesen aufgrund der Quellenlage vorsichtig zu inter-

38 Die Auswertungen zu den württembergischen Amtsträgern beruhen fast ausschliesslich auf den Angaben von Walther Pfeilsticker, *Neues Württembergisches Dienerbuch*, 3 Bde., Stuttgart 1957–1974. Allerdings sind hier in den Ämterlisten noch grössere Lücken als in Hessen festzustellen, die sich im wesentlichen durch die schmale Quellengrundlage (unter anderem Dienerbücher, Rechnungen des Landschreibers) begründen lassen. Es ist ein erheblicher Nachteil, dass sämtliche Amtsrechnungen aus dem untersuchten Zeitraum in neuester Zeit vernichtet wurden.

39 Hofacker, Kanzlei und Regiment (wie Anm. 34), S. 155f.; Rösener, Landesherrliche Integration (wie Anm. 33), S. 166f.

40 Burger, Die Südwestdeutschen Stadtschreiber (wie Anm. 36), unter anderem S. 47. Zum Beispiel war das Amt des Vogtes in Schorndorf zwischen 1392 und 1514 fast ausnahmslos in der Hand einer Familie, Pfeilsticker, Neues Württembergisches Dienerbuch (wie Anm. 38).

41 Hesse, Landesherrliche Amtsträger (wie Anm. 27). Zwischen 1451 und 1514 konnte bei 58 der 383 Amtsträger, zwischen 1500 und 1514 bei 26 der 102 Amtsträger ein Studium nachgewiesen werden. Zu den Notaren Peter-Johannes Schuler, *Notare Südwestdeutschlands* (= *Veröffentlichungen der Kommission für geschichtliche Landeskunde*, Reihe B, 90), Stuttgart 1987.

pretierenden Zahlen, die eine im Vergleich zu Hessen höhere Professionalisierung der Amtsträger signalisieren, verbirgt sich folgender, zu erwartender Befund: Es sind einmal mehr die Schreiber – auch diejenigen weltlichen Standes – und markant weniger die Untervögte und Kellerare, die zu der hohen Zahl von Amtsträgern mit Universitätsbesuch beigetragen haben.

Bereits früh wurde in Württemberg die Tätigkeit der lokalen Amtsträger in Verwaltungsordnungen geregelt, die in Krisenzeiten – Vormundschaft und Finanznot – entstanden. Wichtig ist dabei die Ordnung für die Rechnungsführung von 1422/23, die eine übersichtliche, nach sachlichen Gesichtspunkten gegliederte Rechnungsführung herbeiführen sollte, und jene für die Amtleute von 1478.[42] Bedauerlicherweise können wir aufgrund der fehlenden Amtsrechnungen nicht nachprüfen, inwieweit diese Bestimmungen eingehalten worden sind. Die Ordnungen weisen darauf hin, dass es der Zentrale bereits zu einem relativ frühen Zeitpunkt theoretisch möglich war, die Personalausgaben der Ämter und damit die lokalen Finanzen zu kontrollieren. Schon 1422 war davon die Rede, dass sowohl die Kanzlei als auch die lokalen Vogteien Besoldungslisten zu führen hatten. Erhalten haben sich derartige Personenlisten erst für die Zeit nach der Landesteilung als sogenannte Dienerbücher, deren ältestes von 1464 überliefert ist. Die Rechnungsführung in den Ämtern war damit nicht mehr nur von der ausübenden Person abhängig. Die württembergische Verwaltung war folglich schon stärker von der Amtsperson gelöst und herrschaftlich durchdrungen als die hessische. Man hatte etwas Abstand von einer Verwaltung genommen, die nur auf konkrete Herausforderungen reagierte, und hatte Regelungen erlassen, die Bestand haben sollten.[43] Neben diesen Ordnungen, die einen unmittelbaren Einfluss auf die lokale Verwaltung hatten, finden sich wie in Hessen, nur früher, auch Regulativa für die zentrale Verwaltung und den Hof in Form der Hofordnung (1478) und schliesslich der Landesordnung (1495).[44]

## Zusammenfassung

Für das 15. Jahrhundert hat sich gezeigt, dass deutliche Unterschiede bei der Ausbildung von Verwaltungsstrukturen und den Funktionen der einzelnen Amtsträger nicht nur zwischen den Territorien Württemberg und Hessen, sondern sogar innerhalb einer Herrschaft – hier der Landgrafschaft Hessen –

42 Hofacker, Kanzlei und Regiment (wie Anm. 34), unter anderem S. 28–31, 48f. sowie die Beilagen 1 und 5.

43 Unter anderem Moraw, Gelehrte Juristen (wie Anm. 1), S. 114; zu den Dienerbüchern vergleiche Hofacker, Kanzlei und Regiment (wie Anm. 34), S. 88–94. Eine vergleichbare Entwicklung kann auf dem Gebiet der heutigen Schweiz für die Abtei St. Gallen festgestellt werden, Philip Robinson, *Die Fürstabtei St. Gallen und ihr Territorium 1463–1529* (= *St. Galler Kultur und Geschichte* 24), St. Gallen 1995, unter anderem S. 190–195.

44 Hofacker, Kanzlei und Regiment (wie Anm. 34), S. 27–33.

existierten. Der Grad der Institutionalisierung der Aufgabenbereiche und jener der Professionalisierung der Amtsträger war in beiden Territorien unterschiedlich, wobei sich zu Beginn des 16. Jahrhunderts Ausgleichsprozesse zeigten. Diese unterschiedliche Entwicklung, die sich an der Verfestigung bestimmter Ämter und Aufgabenbereiche, am Verwaltungsschriftgut der Zentralverwaltung und auch an der Gliederung der Amtsrechnungen manifestierte, fällt mit der Stärkung der jeweiligen landesherrlichen Position zusammen. Ganz entscheidend sind zusätzlich soziale Indikatoren, die dauerhafte Veränderungen und damit den Institutionalisierungsgrad und zugleich die Integration der Städte in das Territorium signalisieren, wie das Eindringen von Bürgern in Positionen des Niederadels, das Interesse bestimmter Personen und Familien an landesherrlichen Funktionen, die Entklerikalisierung und schliesslich die Zahl der Universitätsbesucher unter den weltlichen Amtsträgern. In diesem Zusammenhang veränderte sich auch der Charakter eines landesherrlichen Amtes. Dieses wurde nicht mehr von bepfründeten Personen, sondern von bezahlten, vermehrt speziell gebildeten und aus einem bestimmten sozialen Umfeld rekrutierten Amtsträgern eingenommen und vermehrt auch angestrebt.

Um derartige Entwicklungsunterschiede und Modernisierungsvorgänge nicht nur feststellen, sondern auch erklären zu können, müssen die aus der sozialgeschichtlichen Analyse des Verwaltungspersonals gewonnenen Ergebnisse in den verfassungs-, sozial- und wirtschaftsgeschichtlichen Kontext der betrachteten Räume gestellt werden. Ergebnisse werden die Rekonstruktion von spätmittelalterlichen Verwaltungslandschaften sein und die Lösung von der gleichsam modernen Vorstellung nahezu einheitlicher, herrschaftlich definierter Territorialstaaten.[45]

45 So auch Schubert, Fürstliche Herrschaft (wie Anm. 1), S. 52–55.

# Aux origines de l'Etat de Neuchâtel

## La mise en place de l'organisation financière du comté (milieu du XIV^e siècle)

Jean-Daniel Morerod

Des comptes neuchâtelois existent en grand nombre dès la seconde moitié du XIV^e siècle; ils concernent toutes les terres dépendant de Louis de Neuchâtel, même bernoises, vaudoises ou francs-comtoises, et présentent de grandes similitudes formelles. L'analyse des sources, l'étude des procédures de vérification, une ébauche de prosopographie des receveurs et autres intervenants révèlent la mise en place d'une organisation financière à l'échelle du comté; cette innovation administrative fait partie de tout un effort pour affermir le comté de Neuchâtel.

### Typologie et conservation des sources

Les comptes neuchâtelois semblent apparaître sous le règne du comte Louis (1343–1373); le plus ancien de ceux qu'on a conservés part du 24 décembre 1356 et a été clos le 17 décembre 1359.[1] Il est copié dans le registre 29 de la série «Recettes diverses» des Archives d'Etat, qui contient du matériel comptable couvrant trente-cinq années. Ce registre n'est pas seul de son espèce: quatre autres concernent le règne de Louis. Ce sont les registres 29 à 33 qu'il convient d'examiner ensemble.[2]

Il s'agit de grands registres de papier, qui dépassent souvent 200 folios, formés de cahiers de 8 folios. Le papier est tout au long de même format et, le plus souvent, de même filigrane. Ce ne sont pas des volumes factices, obtenus en juxtaposant des cahiers de comptes, mais des registres déjà constitués, dans lesquels les comptes ont été copiés. Il n'y a d'ailleurs pas de coïncidence entre le passage d'un cahier à l'autre et le passage d'un compte à l'autre.[3]

Chaque compte commence par un préambule indiquant le nom de l'officier et de sa charge, les dates de début et de fin de l'exercice suivies de sa durée, le lieu où le compte a été rendu, le nom du receveur commis à cet effet et ceux des témoins éventuels. Le compte se termine par un sommaire de ce que l'officier doit à son seigneur ou, à l'inverse, de ce qui lui est dû; d'ordinaire, des annotations postérieures montrent comment le cas a été réglé. Le plus souvent, les comptes ont été copiés à la suite les uns des autres, dans l'ordre approximatif des dates de clôture, mais en laissant des espaces vides, parfois importants,[4] certains vides ont

1 Archives de l'Etat de Neuchâtel (ci-après: AEN), Recettes diverses, n° 29, fol. 14v (désormais cité 29/14v); il concerne Gorgier.

2 Madeleine Bubloz, *Les comptes seigneuriaux de la série «recettes diverses» aux archives de l'Etat: milieu du XIV^e siècle–1662*, Neuchâtel 1979 (dactyl.); Pierre-André Cattin, *Recettes diverses: tomes 29–35, recensement des comptes*, Neuchâtel 1974 (mémoire de licence, dactyl.).

3 Une exception troublante: 29/166r, où début de compte et début de cahier coïncident et où cette première page est sale, comme si elle n'avait pas été protégée par le cahier précédent.

4 Par exemple 29/97v–105v.

d'ailleurs été utilisés pour copier des comptes plus récents, souvent au bout de plusieurs années.[5]

Au début et pendant une dizaine d'années, un exercice peut varier de quelques mois à près de sept ans. On ne sait ce qui détermine une durée si variable, mais c'est un problème que l'on retrouverait ailleurs qu'à Neuchâtel. C'est probablement sur injonction qu'un officier boucle son compte et le présente; en effet, une nomination de receveur, en 1355, donne à ce dernier le droit d'exiger de tout officier la présentation de ses comptes.[6] La plus ou moins grande confiance envers un officier conditionnait peut-être la durée des exercices; par ailleurs, le déplacement de l'officier, voire son décès sont souvent cause du bouclage.[7] La date du bouclage n'est que de peu distante de celle de la présentation; certes, les comptes ne donnent pas, d'ordinaire, cette dernière date, mais, grâce à deux informations fortuites, nous savons qu'à la fin des années 1350 et durant les années 1360, les comptes se rendaient environ un mois après leur clôture.[8]

Une réforme importante est introduite dès la fin des années 1360: les exercices tendent à durer exactement un an. Avec cette annualisation, les comptes sont rendus peu avant la fin de l'exercice.[9] C'est le signe qu'une grande partie des entrées étaient constituées par des redevances à date fixe – d'ordinaire en automne – et qu'une fois les termes habituels passés on pouvait rendre un compte à peu près complet avant la clôture effective de l'exercice.

**Registres utilisés sous le règne de Louis I^er^**

| Reg. | fol. | ouvert vers | fermé vers |
|---|---|---|---|
| 29 | 216 | 1359, décembre 17 | 1391, juillet 16 |
| 30 | 157 | 1367, avril 7 | 1374, juin 9 |
| 31 | 155 | 1369, janvier 18 | 1398, août 14 |
| 32 | 242 | 1367, mai 24 | 1384, octobre 16[10] |
| 33 | 231[11] | 1368[12] | 1373, février 1er |

5 Cf. note 10. Les comptes rajoutés sont d'ordinaire de faible étendue.
6 Cf. note 21.
7 Cf. 29/42r, compte rendu par la femme et les filles du défunt pour un exercice qui s'achève avec sa mort.
8 Un compte de la mairie de Neuchâtel, arrêté au 30 mars 1357 (29/42r), a été rendu le 1er mai (29/68v). Un compte de Champvent, arrêté au 1er avril 1368 (33/10r), a été rendu le 26 avril (29/168r).
9 Cf. 32/32r: compte de Vaumarcus du 6 mars 1371 au 6 mars 1372, rendu le 6 février 1372; 32/52r, compte de Vaumarcus du 1er juillet 1373 au 1er juillet 1374, rendu le 6 juin 1374. Cette pratique imposait parfois un petit compte complémentaire pour la période allant de la vérification à la clôture (cf. 32/49v, compte complémentaire de Vaumarcus au 6 mars 1372, rendu le 3 mars 1374).
10 Dans un vide, aux fol. 50r–51v, a été copié en janvier 1399 un compte pour Oltigen.
11 Seuls 76 folios sont occupés par les comptes, 59 ont été coupés et 96 employés, à l'envers, pour une extente de 1375 (cf. note 66).
12 Le registre commence par un compte de Champvent du 26 mai 1359 au (chiffre disparu) juillet 1365, mais il a été rendu avec un grand retard, le 27 (nom du mois disparu) 1368, qui est la date d'ouverture du registre.

Les registres sont là pour mettre au net les comptes qui vont être examinés et les faire suivre des remarques que la reddition aura suscitées. Chaque page – recto et verso – porte en exergue le nom de l'officier et pas celui de l'office: *Jehan Pestat*, par exemple, et non pas sa *recette de Vautravers*.[13] Ainsi, un feuilletage rapide – il n'y avait pas de tables – du registre permettait de retrouver les personnes en cause plutôt que les lieux; à moyen terme, c'est ainsi la vérification qui est privilégiée: retrouver assez rapidement l'état des dettes ou des créances d'un officier et, peut-être, s'assurer de son honnêteté comme de son habileté. Ainsi, le contrôle des officiers passe avant l'information touchant les droits et ressources du comte à un endroit donné. C'est surtout à long terme que les intérêts de la vérification s'estompent et que la conservation de ces registres témoigne d'un souci de mémoire institutionnelle.

Quant à l'existence de plusieurs registres ouverts à la fois, elle tient à une volonté de classification géographique apparue au milieu des années 1360. A la fin de 1364, alors qu'on copie dans le si composite registre 29 un compte pour Morteau, le scribe note: *et est assavoir que tuytz li autres compes se doyvent escripre eis papiers neufs qui sont faitz pour les compes de Morteaul*.[14] Le registre 31 sera effectivement ouvert en janvier 1369 pour des comptes francs-comtois commençant en 1363, dont un compte de Morteau pour 1365–1369. Déjà en 1367, on avait ouvert les registres 30 et 32, l'un pour Boudry, La Côte et Boudevilliers, l'autre pour Vaumarcus. Enfin, en 1368, le registre 33 est ouvert pour les châtellenies vaudoises de Champvent et de La Mothe, ainsi que celles, francs-comtoises, de La Muire et de La Mothe de Vaulgrenant.[15]

Ce matériel comptable est lacunaire, la situation variant beaucoup d'un office à l'autre: des séries à peu près complètes[16] voisinent avec des séries longtemps interrompues.[17] Cette situation documentaire serait banale, si les comptes s'étaient conservés séparément; elle l'est moins avec des registres. Il se peut que la lourdeur de cette procédure de vérification avec recopiage préalable ait parfois découragé le zèle d'un personnel limité ou que des comptes n'aient pas été présentés.[18] La perte de quelques comptes est certaine: tous ceux qui ont été commencés à la fin des années 1350 font allusion à un compte précédent[19] et il y aurait eu une reddition déjà le 5 août

13 29/76v–79v. Très rares sont les comptes sans indication en exergue.
14 29/80v.
15 Louis partageait les deux châtellenies vaudoises avec sa femme, Marguerite de Vufflens, et les comptes sont souvent à leurs deux noms (33/31r).
16 Cf. Bubloz, Les comptes seigneuriaux (note 2), pp. 51–52, pour Auvernier.
17 Trois exercices de la recette du Landeron couvrent les années 1357 à 1367, mais il n'y a plus rien jusqu'en 1384 (Bubloz, Les comptes seigneuriaux (note 2), p. 3). Un seul compte de l'hôtel pour 1359–1360, puis rien avant 1371–1372 (Ibidem, p. 126).
18 Comme celui de la mairie de Neuchâtel du 22 décembre 1355 au 20 mai 1356, encore réclamé en juillet 1360 (29/42r).
19 Il n'y a qu'une exception, le plus ancien, celui de Gorgier (29/14v).

1355.[20] Comme ces comptes perdus datent d'une époque antérieure à l'ouverture du registre 29, il n'est pas certain qu'ils étaient déjà recopiés dans un registre; toutefois, il est vraisemblable que leur disparition, comme les nombreuses lacunes des séries comptables après 1360, s'explique par la perte de registres.

## La procédure d'audition et ses acteurs

Le 19 novembre 1355, le comte Louis de Neuchâtel informait tous ses officiers qu'il avait habilité Perrot Métral à se faire verser les sommes dont ils étaient dépositaires. Il leur prescrivait d'obtempérer en échange d'une quittance scellée par Perrot, quittance que ceux qui «entendaient» ses comptes devraient accepter. Enfin, il donnait à Perrot le droit d'exiger des comptes de tout officier.[21]

A cette date, des comptes existaient déjà et étaient examinés, mais sans doute depuis peu, puisqu'il n'en reste que la mention de celui de la mairie de la Côte, rendu, semble-t-il, le 5 août 1355 et donc ouvert plus tôt. La nomination de Perrot, si elle n'est peut-être pas un acte fondateur, apparaît comme une des mesures, contemporaines, ayant conduit à la mise en place d'une organisation financière centrale.[22] Avant les années 1350, les officiers locaux rendaient certainement compte d'une façon ou d'une autre de leur gestion et transmettaient à leur seigneur les ressources qui lui revenaient, mais les pratiques comptables ne devaient reposer que partiellement sur l'écrit et être trop peu formelles pour avoir laissé des traces.

La lettre de nomination de Perrot comme receveur général esquisse les grandes lignes de l'administration financière du comté telle qu'elle apparaîtra dans les registres ouverts dès 1359.[23] Le droit d'exiger des comptes implique que les officiers en tiennent. Quant au transfert vers le comte et son entourage des ressources collectées par un office, il se produit certes largement en cours d'exercice, mais selon une procédure précise: au moment de la vérification, l'officier doit produire la quittance de celui qui s'est fait remettre une somme ou une certaine quantité de denrées. Ainsi le comte se soumet-il aux règles qu'il édicte, comme il y soumet son entourage familial ou administratif.

20 Elle concernait la mairie de La Côte (mentionnée en 1362 dans 29/68v); on connaît également l'existence de deux comptes de la mairie de Neuchâtel, l'un du 22 décembre 1355 au 20 mai 1356 (29, fol. 42v), l'autre du 20 mai 1356 au 30 mars 1357, rendu le 1er mai 1357 (29/68v).

21 George-Auguste Matile, *Monuments de l'histoire de Neuchâtel*, Neuchâtel 1844–1848, pp. 733–734, n° 571.

22 Cf. note 20.

23 L'expression n'apparaît pas dans la lettre de nomination, mais est employée dans les comptes à propos d'un versement du 12 août 1357: «ha délivré à Perroud Mestraul de Romont, recevour généraul de Nuefchastel en celuy temps» (29/74r).

La procédure d'audition se déroule toujours de la même façon: l'officier se rend à Neuchâtel, où il est entendu par un receveur commis à cet effet par le comte. Les exceptions sont très rares: une seule fois, la veuve d'un officier se fait représenter,[24] deux ou trois fois, c'est le receveur qui se déplace, à Boudevilliers[25] notamment ou en Franche-Comté. En fait, malgré le formulaire, le receveur n'est pas commis de cas en cas, mais reste en fonction durant plusieurs années; la charge est exclusive au point que les comptes des assez lointaines châtellenies francs-comtoises ou vaudoises sont rendus devant le receveur unique, qui se déplace même une fois de Neuchâtel à Vercel.[26]

**Receveurs généraux de Neuchâtel sous le règne de Louis Ier**

| Nom | Premier compte examiné | Dernier compte examiné | Nombre de c. ex. |
|---|---|---|---|
| *Perrot Métral | (1355)/1359.XII.17 | 1362.III.17[27] | 12 |
| Jordan de Daillens | 1363.VIII.1er | 1371.IV.1er[28] | 34 |
| *Nicolas de Grandson | 1371.IV.28 | (1401.03.23)[29] | 9[30] |
| (Louis Ier de Neuchâtel | durant toute la période | | 7) |
| (Isabelle de Neuchâtel | dès 1372.II.27[31] | | 11[32]) |

* titre de receveur général attesté[33]

Les receveurs «ad hoc» sont extrêmement rares: Mermet de Costel, un clerc de Louis,[34] reçoit trois comptes entre 1360 et 1363,[35] peut-être pour décharger Perrot Métral, alors à la fin de sa vie. Jean de Giez reçoit un petit compte en 1361[36] et, en 1368 et 1369, ceux de Jordan de Daillens, qui cumulait la charge de receveur et celle de châtelain de Champvent[37] et ne pouvait examiner comme receveur ses comptes de châtelain; Jean de Giez connaissait bien l'administration financière: il était maître de l'hôtel et habitué aux redditions, comme témoin et souvent comme auxiliaire du comte Louis. En 1371, pour

24 29/169r.
25 30/1v.
26 Jordan de Daillens en 1369 (31/1r).
27 29/14v et 76v.
28 33/1v et 31r.
29 33/37r et 35/35r. Nicolas est en fonction sous le règne de la comtesse Isabelle et de son neveu Jean de Fribourg et porte encore le titre de receveur général en 1401, mais n'est alors pas seul à recevoir des comptes.
30 Du vivant de Louis.
31 33/47r.
32 Du vivant de Louis.
33 Pour Perrot, cf. note 23; pour Nicolas, voir 35/35r.
34 Matile, Monuments (note 21), pp. 915–916, n° 671, et note 53.
35 29/109v et 114v.
36 29/55v.
37 33/1r et 16r, du 1er avril.

les mêmes raisons, Nicolas de Grandson examine le compte de Jordan, sa compétence ne fait pas de doute, puisqu'il est à quelques jours de son entrée en fonction comme receveur.[38]

Dans quelques cas, des témoins sont mentionnés: Jean de Giez et Perronet de Mont,[39] successivement maîtres de l'hôtel, dont l'office est le destinataire principal des ressources du comté, et Mermet de Corbières, bailli de Neuchâtel.[40] Parfois, le comte est là en personne, soit comme témoin,[41] soit comme receveur.[42] A la fin de sa vie, il est largement suppléé dans ces deux rôles par «Madame», sa fille Isabelle, qui lui succédera.[43] Dans les châtellenies que Louis tient de sa femme, Marguerite de Vufflens, celle-ci est associée aux comptes durant les dernières années de la vie de son mari.[44]

Faut-il voir dans tout cela la mise en place d'une simple procédure ou la création d'une institution, du type de celles qu'on appelle d'ordinaire une chambre des comptes? L'expression *chambre des comptes* n'apparaît jamais dans les sources neuchâteloises, pas plus que tout autre mot désignant une institution chargée de les recevoir et de les vérifier. Il n'est question que d'individus chargés «d'entendre nos comptes», commis seulement de cas en cas. Une telle présentation obligerait à conclure à l'absence d'une institution comptable faîtière, ce qui ne serait pas exact: ce sont des comptes de toutes les terres de Louis I^er^ qui convergent à Neuchâtel pour y être examinés; les registres qui les regroupent matérialisent encore ce caractère faîtier. Enfin, les officiers locaux suivent les mêmes règles financières en cours d'exercice et leurs comptes sont rédigés à l'identique, signe qu'un modèle et des normes sont imposés du haut vers le bas. Si l'institution qui les examine n'a ni lieu, ni nom, elle existe à travers les normes qu'elle impose et celles qu'elle applique à son propre travail, assurant ainsi l'impersonnalité propre au travail administratif. Enfin, elle connaît une certaine stabilité, puisque, dans la pratique, c'est d'ordinaire un seul receveur qui reçoit les comptes pendant plusieurs années.

Accordons à Neuchâtel une chambre des comptes informelle, ce qui correspondait sans doute à la petite taille de la principauté et de son administration centrale. Il y a certes une différence nette entre une «vraie» chambre des comptes et ce qui existait ici; seule une chambre constituée peut jouer son rôle dans l'équilibre des pouvoirs, leur rivalité si l'on préfère.[45] Mais, même imparfaits, la

38 33/fol. 22r.
39 30/106v.
40 29/56r, 68v.
41 Cf. par exemple 29/53r: compte reçu par Mermet de Costel, en présence du comte et de Jean de Giez.
42 Cf. 29/81r.
43 Comme témoin, cf. 29/179v; comme receveuse, cf. note 31.
44 Cf. note 15.
45 Pour une étude historique des chambres des comptes et une typologie, voir *La France des Principautés: Les Chambres des comptes, XIV^e^ et XV^e^ siècles,* Paris 1996.

«chambre des comptes» neuchâteloise et son pendant, l'hôtel, ont eu suffisamment d'existence pour affronter sans grands troubles la difficile succession de Louis I^er^.[46] A la fin de 1371, Isabelle, fille de Louis, se dresse contre lui qui veut l'écarter au profit de son mari, le comte de Neuchâtel-Nidau.[47] C'est bien elle qui deviendra comtesse de Neuchâtel à la mort de Louis, le 6 juin 1373, et l'examen des redditions montre qu'elle s'est imposée aux côtés de Louis comme une sorte de régente[48] dès le début de 1372. Toutefois, le receveur Nicolas de Grandson, en poste dès avant la révolte d'Isabelle, reste en place durant le partage du pouvoir, puis encore durant trente ans.[49] Il en va de même du maître de l'hôtel, Perronet de Mont, qui restera douze ans en fonctions.[50]

## Un «modèle» savoyard?

L'organisation financière et ses procédures, telles que les révèle l'examen des premiers registres, n'ont rien de foncièrement original, mais frappent par la rapidité de leur mise en place: il n'en est fait aucune mention avant 1355 et, pourtant, en 1360 déjà, tout fonctionne de façon répétitive, même si l'organisation s'améliore encore vers la fin des années 1360, les exercices devenant annuels et les registres se spécialisant par lieu. Améliorations qui, d'ailleurs, ne résistèrent pas longtemps à la mort du comte Louis, tandis que les procédures mises en place dix ou quinze ans plus tôt durèrent plus d'un siècle: 67 registres sur le même modèle, conservés pour les années 1359 à 1491.

Il y a contradiction entre la rapidité de la mise en place des procédures comptables et leur caractère achevé; il faut, pour la résoudre, relever l'origine «étrangère» des responsables financiers et relier ce fait à une histoire de l'Etat comtal: c'est alors qu'apparaîtraient l'ampleur du retard à rattraper, l'effort entrepris pour y parvenir et le recours pour ce faire à des compétences en quelque sorte importées. A l'évidence, les principaux maîtres d'œuvre de l'administration financière au milieu du XIV^e^ siècle ne sont pas neuchâtelois d'origine. Le premier en date et, sans doute, en importance, Perrot Métral, vient de Romont, ville de la baronnie de Vaud, et ce n'est pas une origine estompée: Perrot, notaire impérial, est juré du bailliage de Vaud[51] et son successeur comme tel sera de Romont lui-aussi.[52] Jordan de Daillens porte le nom d'un village près de Cossonay, une possession de l'Eglise de Lausanne;

46 Déjà Cattin, Recettes diverses (note 2), p. 40, en était venu à employer cette expression.
47 Matile, Monuments (note 21), nos 683–687, pp. 932–937.
48 Non sans tiraillements, comme le montre le compte de l'hôtel clos le 13 avril 1372 (30/94r): «recehuz ha Nuefchastel par ma dame le derrer jour de ce compe [...]» a été complété ainsi d'une autre encre: «et est assavoir que ce présent compe est heuz exam' par mon seignour en la présence madite dame».
49 Cf. note 29.
50 Déjà en fonction le 5 février 1371 (30/94r), il l'est encore le 17 mai 1383 (32/220r).
51 Matile, Monuments (note 21), n° 547, p. 684.
52 Matile, Monuments (note 21), n° 606, p. 791.

l'origine de Nicolas de Grandson et de Jean de Giez est également vaudoise, même si l'on est là aux limites du comté de Neuchâtel. Ainsi, tous ceux qui ont reçu les comptes entre 1359 (peut-être déjà 1355) et la mort de Louis sont vaudois, sauf Mermet de Costel, qui vient de Cudrefin.[53] Des quelque 76 comptes rendus entre 1359 et 1373, 18 ont été reçus par Louis ou sa fille; des 58 autres, 55 l'ont été par des «Vaudois».

Mais «Vaudois» ne veut pas dire grand-chose. Sans présumer ici des résultats d'une analyse typologique des comptes, il faut envisager une influence du modèle savoyard alors rayonnant. Au milieu du XIV^e^ siècle, la Chambre des comptes de Chambéry influence autant la baronnie de Vaud – qui appartient à une branche cadette de la Maison de Savoie – que son protectorat, l'Eglise de Lausanne. Dans cette ville, en 1348, durant le pariage entre l'évêque et Louis II de Vaud, c'est un clerc de Chambéry, Vivien Veteris, qui reçoit le compte du châtelain épiscopal d'Avenches; en 1351, le même Vivien reçoit, pour les héritières de Louis II, le compte d'un officier d'Yverdon, ville de la baronnie de Vaud.[54] Ainsi, les responsables étrangers des comptes neuchâtelois viennent tous de régions qui avaient antérieurement une organisation financière centralisée et qui l'avaient soumise au modèle savoyard. L'influence indirecte de la Savoie sur Neuchâtel ne tient évidemment pas qu'à la qualité de son organisation financière: le comte Louis est fils d'une princesse savoyarde de la branche vaudoise et son père Rollin a été bailli de Vaud; son troisième mariage a fait de Louis le maître de l'importante seigneurie de Champvent près d'Yverdon et de celle de Vugelles-La Mothe.[55] Entre 1350 et 1370, les grands dignitaires du comté de Neuchâtel sont souvent vaudois, même hors de l'administration financière, tels Anselme de Moudon, prévôt de la Collégiale, le bailli Mermet de Corbières, le maître de l'hôtel Jean de Giez. C'est l'avènement de la comtesse Isabelle qui marquera l'arrivée des francs-comtois au sommet de l'administration neuchâteloise,[56] francs-comtois qui disposent, avec la Chambre des Comptes de Dijon, fondée en 1352, d'un modèle.[57]

## Administration financière et formation de l'Etat

La mise en place de l'administration financière fait partie de tout un ensemble d'innovations administratives et juridiques, dépendant de la présence, autour du comte, d'un personnel spécialisé dans le maniement de l'écrit. Cette

53 Matile, Monuments (note 21), n° 616, p. 828. Du XIII^e^ au XV^e^ siècle, Cudrefin oscille entre Neuchâtel et le Pays de Vaud; à l'époque de Mermet, la ville appartient aux Grandson.

54 ACV, C IV 299bis et Ag 12bis.

55 ACV, C II 27 (1299).

56 En 1374, le bailli s'appelle Hugues de Vuillafans, un clerc Raoul d'Ornans, etc. (31/33r).

57 Pierre Gresser, *La Franche-Comté au temps de la guerre de Cent Ans*, Besançon 1989, pp. 208–212 (la Franche-Comté était rattachée au duché de Bourgogne depuis 1330 et donc soumise à la Chambre des Comptes de Dijon).

présence est très récente, sans doute du début des années 1330. Les actes privés portent de plus en plus souvent le sceau du comte Rollin et commencent dès 1333 à mentionner le nom d'un clerc – P. Andrea –, même si le titre n'apparaît pas encore.[58] La première mention explicite d'un clerc comtal est de 1339; hasard ou non, il porte le même nom que son maître: Rollin de Neuchâtel.[59] C'est avec l'avènement de Louis, en 1343, que le formulaire même des actes fait état de clercs du comte et non plus de l'officialité de Lausanne ou de Besançon, voire du bailliage de Vaud.[60] En même temps, le nouveau comte fit graver pour ses terres les plus importantes des sceaux aux contrats; ces sceaux permirent aux clercs comtaux de contrôler dès lors, au niveau régional, la production d'actes.[61]

Ces clercs regroupés autour du comte peuvent lui servir de trésoriers, comme Rollin en 1339. En 1338–1339, ils mènent une grande campagne de reconnaissances des droits du comte dans ses diverses possessions. Les extentes alors rédigées ont survécu pour une grande partie des terres comtales et l'on retrouve parmi les rédacteurs des clercs connus: Rollin et P. Andrea.[62] Or, disposer d'extentes paraît un préalable nécessaire à une vérification sérieuse des comptes; d'ailleurs, le plus ancien compte neuchâtelois conservé fait référence à une extente et non au compte précédent, au contraire des plus récents.[63]

La campagne de reconnaissances de 1338–1339 est complétée en 1353 par Perrot Métral.[64] Le futur receveur général était donc un praticien des extentes. Ce lien entre reconnaissance des droits et comptabilité est matérialisé par le registre 33, tête-bêche, qui contient à un bout des comptes rendus de 1368 à 1373 et à l'autre des extentes réalisées en 1375 par Nicolas de Grandson;[65] receveur dès 1371, Nicolas travaillait depuis 1372 à des extentes.[66]

C'est donc entre le début des années 1330 et le milieu des années 1350 que les comtes Rollin et Louis se sont donné les moyens de faire écrire et de

58 AEN, Anciennes Archives, I 10, no. 7: «expeditum est per P. Andree».

59 Matile, Monuments (note 21), p. 473, n° 429, du 19 août 1339.

60 AEN, B 6/5, du 2 avril 1343: «per Rolinum, clericum nostrum». Cela n'empêche pas la plupart des clercs comtaux d'être par ailleurs jurés d'autres institutions.

61 Rémy Scheurer, «L'assise et l'exercice du pouvoir seigneurial», in: *Histoire du Pays de Neuchâtel*, Neuchâtel 1989, p. 222, et Jean Courvoisier, *Monuments d'art et d'histoire de la Suisse: Neuchâtel III*, Bâle 1968, p. 427. La nouvelle titulature et le sceau aux contrats apparaissent pour la première fois le 2 avril 1343, tout au début du règne de Louis (AEN, Anciennes Archives, B6/5, qui suit le style de Pâques, comme Besançon; cf. Matile, Monuments (note 21), p. 504, n° 444).

62 Rémy Scheurer, «Les premières reconnaissances dans les territoires de l'actuel canton de Neuchâtel», in: *Dialectologie, Histoire et Folklore* (= *Mélanges Ernest Schüle*), Berne 1983, pp. 245–260. On se référera aux descriptions très précises de cet article pour la date et l'auteur de chaque extente (une partie de Neuchâtel, les châtellenies de Thielle, du Landeron, de Boudry et de Vautravers, ainsi que la mairie de Boudevilliers).

63 Cf. note 1.

64 Pour l'extente de Neuchâtel, remarquable, cf. Scheurer, Les premières reconnaissances (note 62); pour les droits du comte à Vaumarcus, l'extente de Perrot, perdue, est mentionnée dans 29/14v.

65 Cf. note 11; le registre précise que l'extente – de Neuchâtel – prend la suite de celle de Perrot de Romont.

66 V. Scheurer, Les premières reconnaissances (note 62), pour Vautravers et Rochefort.

faire compter, de recenser et d'exploiter leurs droits. Cet effort administratif est significatif de ce qu'on pourrait appeler le second essor de Neuchâtel, après celui de la fin du XII^e siècle et des premières années du siècle suivant. Les seigneurs de Neuchâtel avaient entrepris la construction de la collégiale et du château, pris le titre comtal (v. 1196), donné des franchises à la ville (1214). Ensuite, tout était retombé, sans doute à cause du partage du patrimoine: une branche avait reçu les terres alémaniques, puis la seigneurie de Valangin; l'autre, établie à Neuchâtel, s'était retrouvée comme enclavée. Sa faiblesse est symbolisée par la perte du titre comtal, que s'était réservé la branche alémanique.[67] Tout au long du XIII^e siècle, la politique des seigneurs de Neuchâtel paraît s'engluer dans les querelles de famille et les heurts avec les évêques de Bâle. On chercherait en vain dans les sources les traces d'un effort d'organisation du territoire et de l'administration comparable à celui consenti alors par les comtes de Savoie, les Chalon ou l'Eglise de Lausanne. Vers 1280, la seigneurie de Neuchâtel ne fait pas partie des puissances émergentes de la région, au contraire de ce qui semblait se dessiner un siècle plus tôt.

L'essor ne reprend qu'à l'extrême fin du siècle et sera conduit par Rollin (1287–1343) et son fils Louis (1343–1373). La conjoncture politique se renverse avec la célèbre bataille de Coffrane, que Rollin remporte le 28 février 1296 sur ses rivaux locaux, l'évêque de Bâle et les seigneurs de Valangin.[68] Dès lors, c'est son retard sur ses principaux voisins que Neuchâtel comble. Des mesures administratives convergeantes sont prises pour augmenter les ressources et les pouvoirs du seigneur; elles se doublent de mesures symboliques, visant à en renforcer l'image, à commencer par le titre comtal, pris dès les lendemains de la victoire de Coffrane. Louis prolonge et amplifie les efforts de son père. L'empereur Charles IV est plusieurs fois sollicité et le pourvoit de diplômes,[69] qui lui assurent à la fois des privilèges régaliens, notamment celui de la monnaie,[70] et la reconnaissance de son titre comtal; lorsqu'il vend aux bourgeois du Landeron le droit de taxer le vin, sa charte souligne à la fois l'origine impériale de ses droits et l'existence de Neuchâtel comme «Etat»: «Nous, Louis, comte et seigneur de Neuchâtel [...], comme nous avons demandé et obtenu privilège de l'empereur tou-

67 Pour la titulature des Neuchâtel, voir Paul Vuille, «Notes sur les premiers seigneurs de Neuchâtel,» in: *Musée neuchâtelois* 1979, pp. 116–121, et l'article de J.-Cl. Rebetez, cité à la note suivante.

68 L'historiographie de la bataille de Coffrane a été récemment renouvelée par les études de Jean-Claude Rebetez, «1296 – La bataille de Coffrane: Une date clef dans l'histoire des relations entre les comtes de Neuchâtel, les seigneurs de Valangin et les évêques de Bâle», in: *Musée neuchâtelois* 1996, pp. 131–143, et de Rémy Scheurer, «Le combat ou la bataille de Coffrane dans l'historiographie neuchâteloise», in: *Revue historique neuchâteloise* 1997, pp. 195–206.

69 Matile, Monuments (note 21), p. 711, n°. 561, pp. 822–823, n° 614.

70 Matile, Monuments (note 21), pp. 606–607, n° 503, de 1357 (qu'il faudrait sans doute corriger en 1356).

chant l'ohmgeld à percevoir à Neuchâtel et dans notre baronnie[71] de Neuchâtel [...].»[72]

Louis se soucie également de représentation, notamment en usant d'un sceau équestre, qui donc le figure, ce qui n'est pas le cas de ses prédécesseurs,[73] ou en utilisant ses nouveaux droits monétaires; les monnaies qu'il frappe ne peuvent suffire aux besoins locaux, mais, portant son nom et ses armes, le campent en souverain local, comme le faisait son sceau. A la collégiale, la sépulture déjà frappante de Rollin et de son épouse est réemployée comme noyau du monument dressé par leur fils à la fin de sa vie, monument spectaculaire qui rassemble et magnifie ainsi les deux premiers comtes de Neuchâtel – nous devons nous habituer à les voir comme tels – et leur famille.[74]

Rollin et Louis consolident leur comté en l'ouvrant vers l'extérieur, notamment en offrant leur force militaire.[75] Rollin combat pour le seigneur savoyard du Pays de Vaud,[76] puis pour le roi de France dans les Flandres;[77] Louis et son fils Jean sont en relation non seulement avec leurs voisins les ducs d'Autriche et de Bourgogne, le comte de Savoie ou le seigneur de Chalon, mais avec les rois de France et d'Angleterre, ainsi qu'avec le duc de Milan. Ces activités militaires croissantes impliquent à la fois de bonnes disponibilités financières pour la préparation des campagnes, l'entretien des troupes, le réglement des rançons, mais aussi une administration qui puisse se passer du prince en train de guerroyer au loin.

Le projet politique de Rollin et, surtout, celui de Louis I^er^ peuvent presque se résumer à l'effort d'exister, en tant que comtes, à l'intérieur comme à l'extérieur de leurs domaines. Les exigences apparemment incompatibles de l'affermissement local et de l'absence ont trouvé sous le règne de Louis leur convergence dans la mise sur pied d'une administration, surtout financière, aux règles strictes et au personnel stable. En s'absentant souvent et en s'en donnant les moyens, tout en laissant sur place des symboles frappants et une administration régulière manifester son pouvoir comtal, Louis a réglé à sa façon la tension que les historiens ont coutume d'appeler «les deux corps du roi» et qui est, ici comme ailleurs, à l'origine de l'Etat.

71 Sur l'emploi de baronnie pour désigner son pouvoir et ses terres, voir aussi Matile, Monuments (note 21), no. 590, de 1357, pp. 763–765, n° 598, pp. 775–779.

72 Matile, Monuments (note 21), no. 666, de 1369, pp. 908–909.

73 Léon Jéquier, «Sigillographie neuchâteloise», in: *Archives héraldiques suisses* 1935, pp. 11–12. Jéquier fait d'intéressantes remarques sur les préoccupations de Rollin (*Jahrbuch für schweizerische Geschichte* 1934, p. 60, note 3).

74 «‹Totamque machinam ob memoriam fabrefecit›: une étude pluridisciplinaire du tombeau des comtes», in: *Revue historique neuchâteloise* 1997, pp. 155–194 (= *Mélanges d'histoire neuchâteloise en hommage à Louis-Edouard Roulet*).

75 Maurice de Tribolet, «Les relations extérieures», in: *Histoire du Pays de Neuchâtel,* tome I, pp. 285–294.

76 Emil Usteri, *Westschweizer Schiedsurkunden bis zum Jahre 1300*, Zurich 1955, pp. 427–428, n° 249.

77 Matile, Monuments (note 21), pp. 1170–1171, n° 69.

# Gemeine Herrschaft und ehegerichtliche Zuständigkeiten

## Zur Macht der Beherrschten im Thurgau des 17. Jahrhunderts

Frauke Volkland

Im Herbst 1595 treten die beiden evangelisch Gläubigen Jakob Gonzenbach und Kleophea Rietmann aus dem kleinstädtischen Bischofszell mit der Bitte um einen Ehedispens an die Zürcher Obrigkeit heran. Die beiden sind im dritten Grad miteinander verwandt. Das Zürcher Ehegericht trägt die Bitte der beiden mit folgenden Worten der Obrigkeit vor: «[...] herr johannes pistorius aber doctor zu costantz, desglychen auch der messprister zu bischoffzell, habind sölliche ir einanndern verlobte ee zulassen und denn kilchgang zethun innen verwilligen wellen, ja wann und wover er gontzenbach und sy rietmannin von unnser wahren evangelischen relligion und lehr abfallind, item zuvor bychten, auch einen eyd schwerind das sy bis anhero unrecht geglaubt, darzu einen unrechten glauben gehept, des glychen fürohin im bapsthum belyben und ire nachkommen zu dem bapsthum halten aufziehenn. Das sy aber des göttlicher erkandtnus und in bedennkung ires heils gantz deheins wegs nit thun wellen nach können, sondern pittind gott den allmechtigen, das er sy by erkandter evangelischer lehr, die zyt ires lebens gnedenlichen erhalten thuge [...].»[1]

In dieser und ähnlicher Weise wurde im ausgehenden 16. und im Verlaufe des 17. Jahrhunderts im Thurgau mannigfach an die Obrigkeit der Stadt Zürich appelliert, um einen Dispens für das bestehende Ehehindernis wegen zu naher Verwandtschaft zu erwirken. Die Dispense wurden in der Mehrzahl der Fälle ausgestellt, wenn auch in einigen Fällen erst nach jahrelangem hartnäckigen und wiederholten Appellieren der Parteien. Gegen Ende des 17. und zu Beginn des 18. Jahrhunderts scheint die Praxis des Dispensierens bei zu naher Verwandtschaft beinahe zur Gewohnheit geworden zu sein: Die Appellationen treten in gehäufter Form auf und weisen im Wortlaut nur noch formelhaften Charakter auf – Hinweise auf ein Locken des katholischen Widerparts und die Gefahr einer Konversion der Appelierenden fehlen hier ganz.

Die Frage stellt sich, wie es zu dieser Entwicklung kommen konnte, untersagte doch die Zürcher Ehegerichtsordnung aus dem Jahre 1525 ausdrücklich die Dispensation bei Ehehindernissen: «Und was bishar mit dispensieren und umb gelt erlangt worden ist, soll alles us sin und nit me irren.»[2]

1 Ehegerichtliche Appellationen und Weisungen, Staatsarchiv Zürich, A 265/1.
2 Emil Egli, Hg., *Aktensammlung zur Geschichte der Zürcher Reformation in den Jahren 1519–1533*, Darmstadt 1973, S. 328.

Folgende These soll den Ausgangspunkt für die kommenden Erläuterungen bilden: Die konfessionspolitisch besondere Situation der Gemeinen Herrschaften, hier des Thurgaus, brachte es mit sich, dass gewisse ehegerichtliche Satzungen von den Untertanen zunehmend unterwandert, wenn nicht gar ganz unterlaufen werden konnten. Im Verwaltungsapparat der Gemeinen Herrschaft Thurgau gab es also im 17. Jahrhundert erhebliche Lücken, die den Untertanen genügend Spielraum für das Durchsetzen eigener Interessen liessen.[3]

Diese These wird in drei Schritten anhand der bereits eingeführten Problematik der Dispensation vom Ehehindernis wegen zu naher Verwandtschaft erhärtet: Zunächst geht es darum, etwas Licht in die prekäre Situation der ehegerichtlichen Zuständigkeiten im Thurgau zu bringen. Diese befanden sich entweder auf Seiten des Zürcher Ehegerichts bzw. der Zürcher Obrigkeit oder des Konstanzer Konsistoriums. In einem zweiten Schritt wird das Quellenmaterial, die ehegerichtlichen Appellationen, vorgestellt und abschliessend die Dispensationspraxis im Thurgau des 17. Jahrhunderts diskutiert und ein Fazit aus dieser Diskussion gezogen.

## Die ehegerichtlichen Zuständigkeiten im Thurgau

Die dem Hause Österreich gehörende Landgrafschaft Thurgau wurde 1460 von den VII eidgenössischen Orten erobert und von ihnen zu einer Gemeinen Vogtei gemacht, die von den VII Ständen zu gleichen Rechten und Pflichten regiert wurde. Nach der Reformation waren von den sieben Ständen fünf katholisch, einer evangelisch (Zürich) und einer paritätisch (Glarus). Der erste Landfriede von 1529 verhalf der reformierten Thurgauer Kirche zum Aufbau einer grundlegenden Organisationsstruktur und zur Ausbreitung des reformierten Glaubens in der Gemeinen Herrschaft. Doch bereits zwei Jahre später, mit dem Abschluss des 2. Landfriedens von 1531, wurde die neu entstandene Kirche in vielen Rechten beschnitten – ihr Glaube durfte sich zum Beispiel im Gegensatz zum katholischen nicht weiter ausbreiten, ferner musste sie sich dem katholischen Kirchenrecht unterordnen. An ihrem Weiterbestehen konnte jedoch nicht gerüttelt werden, wurde doch der Grundsatz festgelegt, dass beide Konfessionen, Katholiken als auch Reformierte, ihren Glauben in der Gemeinen Herrschaft leben durften – die für diese Zeit in Europa so ungewöhnliche Situation der gemischtkonfessionellen Gemeinden war entstanden.[4]

3 Als grundlegende Literatur zur geringen Herrschaftsdurchdringung in den Gemeinen Herrschaften im 17. Jahrhundert sei hier genannt: Hans Conrad Peyer, *Verfassungsgeschichte der alten Schweiz*, Zürich 1978, S. 97–100.

4 Konrad Straub, *Rechtsgeschichte der evangelischen Kirchgemeinden der Landschaft Thurgau unter den eidgenössischen Landfrieden 1529–1792*, Frauenfeld 1902, Einleitung. Einen Einblick in die Problematik des gemischtkonfessionellen Zusammenlebens im frühneuzeitlichen Europa erhält man durch Harm Klueting, *Das konfessionelle Zeitalter 1525–1648*, Stuttgart 1989.

Die Unterordnung der reformierten Kirche unter das katholische Kirchenrecht brachte es auch mit sich, dass das 1529 eingerichtete reformierte Thurgauer Ehegericht wieder abgeschafft und dass fortan das katholische Ehegericht, das Konstanzer Konsistorium nämlich, sowohl für die katholischen als auch für die reformierten Thurgauer zuständig war. De facto blieb aber dem Zürcher Ehegericht zumindest für Ehen, in denen beide Teile oder wenigstens der beklagte Teil evangelisch war, die Gerichtsbarkeit erhalten, da ihm die sieben Orte als Inhaber der Kirchengewalt der evangelischen Gemeinden diese Zuständigkeit zuwiesen.[5] Die Kompetenz der Eherichter wurde dabei aber ausdrücklich auf die juristische Entscheidung beschränkt. Durch diese Einschränkung entstanden rechtliche Unsicherheiten, die dazu führten, dass am 26. Februar 1560 eine Verfügung von der Zürcher Obrigkeit ausging, die Eherichter sollten von jetzt ab «weder gen Glarus nach in das Thurgow oder anderswohin, da danen har eehendel für sy komen, hinderrucks myner herren eines ersamen raths nützid schryben nach rathen etc.», sondern mussten in solchen Fällen die Sache direkt an die Obrigkeit gelangen lassen.[6] Den Eherichtern wurde nur noch überlassen, Zitationen, Verkündigungen und Kundschaften zu verfassen und Urteilsbriefe auszustellen.

Das von der weltlichen Obrigkeit 1525 eingesetzte kirchliche Ehegericht, in dem seit 1531 zwei Geistliche und sechs Ratsherren sassen, besass also, was die Gemeine Herrschaft Thurgau und das paritätische Glarus anbetrifft, nur noch eingeschränkte Funktionen. Die eigentliche Entscheidungsinstanz war die Obrigkeit, die allgemein als Appellationsinstanz fungierte, welche die Entscheide des Ehegerichts ausser Kraft setzen konnte.[7] Walter Köhler betont in seinem Werk über *Zürcher Ehegericht und Genfer Konsistorium,* dass das Verhältnis von Obrigkeit und Ehegericht durch Verbundenheit gekennzeichnet gewesen sei, ja, das geistliche Gericht habe sich, abgesehen von leichten Spannungen, gutwillig in die obrigkeitliche Omnipotenz eingefügt.[8]

Köhler weist allerdings darauf hin, dass dieses Einvernehmen mit der Zeit gestört worden sei, wurde doch von kirchlicher Seite zu Beginn des 18. Jahrhunderts Protest gegen die staatliche Allmacht laut.[9] In den weiteren Ausführungen werden wir sehen, dass das Verhältnis bereits früher, in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts getrübt wurde, da auf kirchlicher Seite grosse Bedenken gegen das aus ihrer Warte exzessive Dispensieren durch die Obrigkeit bestanden.

5 Straub, Rechtsgeschichte (wie Anm. 4), S. 109; Walther Köhler, *Zürcher Ehegericht und Genfer Konsistorium: I. Das Zürcher Ehegericht und seine Auswirkung in der deutschen Schweiz zur Zeit Zwinglis*, Leipzig 1932, S. 224.
6 Staatsarchiv Zürich, A 6.
7 Köhler, Zürcher Ehegericht (wie Anm. 5), S. 65–68, 199.
8 Ebenda, S. 202.
9 Ebenda.

In den 1630er Jahren versuchten die katholischen Orte, die Zürcherische Ehegerichtsbarkeit in den Gemeinen Herrschaften, speziell im Thurgau, ganz auszuschalten und die Judikatur in Ehesachen eben doch dem bischöflichen Konstanzer Konsistorium als einem geistlichen Gericht zuzuweisen.[10] Zürich wehrte sich gegen diesen Vorstoss mit den Argumenten, die ehegerichtliche Judikatur sei von der Stadt Zürich nach dem ersten Landfrieden aufgerichtet und auch durch den zweiten Landfrieden nicht beseitigt worden, was man durch die Anführung vieler Einzelfälle zu unterstreichen versuchte. De facto argumentierte Zürich richtig, de jure stand jedoch die Restitution des Konstanzer Ehegerichts den Argumenten entgegen.[11] Im September 1632 kam unter dem Druck der allgemeinen politischen Lage des 30jährigen Krieges eine gütliche Einigung zustande, in der das evangelische Matrimonialwesen im Thurgau dem Zürcher Ehegericht übertragen wurde.[12] Im einzelnen bedeutete dies, dass die Ehegerichtsbarkeit über evangelische und gemischtkonfessionelle Ehen mit beklagtem evangelischen Teil dem reformierten Stand Zürich, jene über katholische und gemischtkonfessionelle Ehen mit beklagtem katholischen Teil der Konstanzischen Ehegerichtsbarkeit zugesprochen wurde.[13]

Diese einleitende Darstellung zur prekären Lage der ehegerichtlichen Zuständigkeiten im Thurgau soll als Folie dienen, auf deren Hintergrund sich die folgenden Schilderungen abspielten. Allein die rechtsgeschichtliche Entwicklung lässt bereits deutlich werden, wie auf institutioneller Ebene die konfessionspolitischen Verwicklungen dazu benutzt wurden, dem konfessionellen Gegner Kompetenzen abspenstig zu machen, um sich diese selber zu Nutze zu machen. Auf einer anderen Ebene wurden hier die konfessionellen Konflikte, die durch die verschiedenen Landfrieden beigelegt werden sollten, weiter ausgetragen.

Dass die ehegerichtlichen Funktionen aber sogar dazu benutzt wurden, dem konfessionellen Gegner Seelen abspenstig zu machen und die eigene Schar der Gläubigen zu vergrössern, soll im folgenden anhand der sogenannten ehegerichtlichen Appellationen und Weisungen gezeigt werden.

## Die ehegerichtlichen Appellationen und Weisungen aus der Gemeinen Herrschaft Thurgau

In den ehegerichtlichen Appellationen und Weisungen richten sich jeweils die Eherichter an den Rat und den Bürgermeister, also die Obrigkeit der Stadt Zürich, um die Bitten der appellierenden Parteien bzw. eines Spre-

10 Ebenda, S. 227f.
11 Ebenda, S. 230.
12 Die katholischen Orte mussten angesichts des militärischen Erfolges der schwedischen Truppen schliesslich dem Vergleich zustimmen; J. A. Pupikofer, *Geschichte der Landgrafschaft Thurgau vom Übergang an die Eidgenossen bis zur Befreiung im Jahre 1798*, Frauenfeld 1889, S. 569.
13 Ebenda.

chers derselben wie zum Beispiel des Dorfpfarrers vorzubringen. Die rege Appellationstätigkeit aus den Gemeinen Herrschaften, die fast ausschliesslich Dokumente aus dem Thurgau hervorgebracht hat, ist vom Anbeginn der Tätigkeit des Zürcher Ehegerichts bis 1729 lückenlos im Zürcher Staatsarchiv dokumentiert.[14] Die Fälle beziehen sich auf das Einklagen einer Ehe, auf voreheliche Schwängerungen, auf Ehescheidungsbegehren, verschiedene Ehestreitigkeiten und zu einem grossen Teil eben auf Bitten um Dispensation vom Ehehindernis der zu nahen Verwandtschaft.

Nicht selten spielen konfessionelle Belange eine wichtige Rolle in den Fällen: Entweder geraten die klagenden Parteien in konfessionelle Konflikte, wenn zum Beispiel ein Ehepartner zum anderen Glauben konvertiert, oder der Dorfpfarrer oder die klagenden Parteien selber machen die Eherichter bzw. die Obrigkeit auf konfessionelle Belange aufmerksam. Dies kann zum Beispiel so aussehen, dass sie erklären, bei einem negativen Bescheid durch das Ehegericht drohe eine Konversion zum Katholizismus bzw. bei einem positiven Bescheid bestehe die Möglichkeit der Gewinnung einer evangelischen Seele.

Wie hat man sich nun im einzelnen diese Appellationen vorzustellen, welche die Instrumentalisierung der ehegerichtlichen Funktionen für die eigenen persönlichen Interessen der Klagenden widerspiegeln?

Ein genauerer Blick auf die Fälle der Bitte um Dispensation vom Ehehindernis der zu nahen Verwandtschaft soll hier Einblick verschaffen: Zunächst ein ganz grober quantitativer Überblick über die gefundenen Fälle: Während im Laufe des 16. Jahrhunderts die Appellationen eher eine Ansprache auf Ehe und Ehescheidungen betreffen, ändert sich dieses Bild um die Wende vom 16. zum 17. Jahrhundert: Fälle das Ehehindernis der zu nahen Verwandtschaft betreffend treten nun gehäuft auf, sind in den 1630er und 1640er Jahren stark vertreten und beschäftigen schliesslich in der ganzen zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts intensiv das Ehegericht bzw. die Obrigkeit. An der Wende vom 17. zum 18. Jahrhundert und in den ersten Jahren des 18. Jahrhunderts treten die Eherichter fast ausschliesslich mit dieser Problematik an die Obrigkeit heran, wobei, wie eingangs bereits erwähnt, die Appellationen nur noch formelhaften Charakter tragen.

Worum geht es nun genauer in den meisten Fällen und wie argumentieren die Parteien, um die Dispensation zu erwirken?

In der überwiegenden Zahl der Fälle möchte ein evangelisches Paar die Ehe schliessen. Dem Ehevollzug steht jedoch entweder entgegen, dass die Brautleute in irgendeinem Grad miteinander blutsverwandt oder dass sie durch Schwägerschaft miteinander verbunden sind.

14 Staatsarchiv Zürich, A 265/1–4.

In einer ersten Kategorie, die auch am häufigsten vertreten ist, versucht das Paar die Dispensation mit dem Argument zu erwirken, dass ihnen von Papisten angeboten worden wäre, dass die Ehe eingesegnet würde, falls sie zum Katholizismus übertreten würden. Hier sei auf das eingangs zitierte Beispiel verwiesen. Unter Papisten hat man entweder den Dorfpriester, ganz allgemein katholisch Gläubige in der Gemeinde, manchmal auch den katholischen Obervogt oder selbst Vertreter aus Konstanz zu verstehen. Nicht selten wird zusätzlich darauf hingewiesen, dass es bei den Katholiken ja nicht ungewöhnlich sei, in ähnlichen Fällen eine Dispensation zu erteilen, ja dass sich sogar Geschwister verheiraten könnten.

Wenn das Paar offensichtlich Schwierigkeiten hat, seine Forderungen vor der Zürcher Obrigkeit durchzusetzen und sich die Angelegenheit über Jahre hinzieht, kann auch schon einmal ganz deutlich damit gedroht werden, dass man sich von dem «pfaffen copulieren» lasse, falls Zürich nicht endlich die Bewilligung erteile.[15]

Besonders hartnäckig sind die Parteien auch dann, wenn die Ehe bereits durch den Beischlaf vollzogen wurde, durch die später aufgedeckte Verwandtschaft aber die Heirat in Frage gestellt ist. Hier geben die Paare an, dass sie lieber katholisch würden, als sich der Schande auszusetzen, nicht heiraten zu können.

Bei all diesen Fällen liegt die Brisanz der Argumentation darin, dass die Parteien die prekäre Lage der unsicheren ehegerichtlichen Zuständigkeiten ausnutzten, um ihre Interessen durchzusetzen, das heisst konkret, dass sie sich durch einen Übertritt zum Katholizismus aus der ehegerichtlichen Kompetenz Zürichs befreiten, um als Katholiken den Dispens vor dem katholischen Konsistorium in Konstanz erwirken zu können, oder dass sie zumindest mit dieser Möglichkeit drohten.

In einer zweiten Kategorie von Fällen spielt die unsichere Konfessionszugehörigkeit der Braut eine zusätzliche Rolle. Hier argumentieren meistens die Dorfpfarrer und erklären, dass es um die Erhaltung oder gar um die Gewinnung einer evangelischen Seele gehe. Ein Beispiel:

Jacob Schwanck und Elisabeth Vogel bitten im Februar 1630 um den Ehedispens, da sie blutsverwandt sind. Im Bericht der Eherichter an die Obrigkeit liest man: «[...] so pitind sy umb gotes willen recht us sonderen gnaden gegen inen ein übriges zethun, und zugestaten das sy ehlüt werden mögind, als dann welle sy voglerin, wie auch ir muter (so bishar papistisch gewesen) durch mitel diser ehe zu unser waren evangelischen inen wolgefelligen religion treten, hingegen papistischer bishar geübter religion sich fürohin gentzlich enthallten, [...].»[16]

15 Diesen Ausdruck findet man häufig in den ehegerichtlichen Appellationen, Staatsarchiv Zürich, A 265/1–4.

16 Staatsarchiv Zürich, A 265/2.

Eine typische Konstellation dieser Kategorie ist die, dass die Frau in einer früheren Ehe katholisch geworden ist, dann Witwe wurde und erneut heiraten möchte. Einen katholischen Bewerber gibt es bereits, der Pfarrer setzt sich jedoch für die Ehe der Braut mit einem Evangelischen ein, obwohl dieser mit ihr blutsverwandt ist.

Ähnlich liegt der Fall, wenn ein Papist um ein evangelisches Mädchen wirbt, der Pfarrer aber, wiederum trotz vorhandener Blutsverwandtschaft, einen Evangelischen um die Ehe mit dem Mädchen anspricht. Wiederum ein Beispiel zur Veranschaulichung:

Im Januar 1646 berichten die Eherichter an die Obrigkeit, dass Jacob Oberhäusli von Bissegg und Anna Brüschweil von Bennicken trotz Blutsverwandtschaft heiraten wollen. Hierzu ein längeres Zitat aus den Appellationen: «Ist doch gemelter jacob oberheüsli saambt herren ulrich wegglern pfahreren zu leütmerckhen, hüt dato persöhnlich vor uns erschynen, und uns underthennig berichtet, wie das anfenckhlich ein pappistischer knab umb gedachte brüschwyllerin geworben, caspar metzger von amblickhen, aber ein alter richter in diessenbergischen gerichten dasselbige ungehrn gesehen, und us sorg damit brüschwyllerin nit zum pabstumb komme, imm gerathen jaa auch angewyssen, das er (obgleich weil sy von stieffgeschwüstergiten ein anderen etwas verwandt, doch nit so nach das die ehe hinderen möge) gedachte brüschwyllerin zur ehe nemmen solle, welchem er gefolget, beide ein anderen zur ehe genommen und christenlicher ynsegnung und bestetigung begehrt, da wehre letst offenbar worden, das sein und der anna brüschwyllerin grossvater melchior pfister beide seelig, allein vaterhalb geschwüstergite gsein, derowegen sy beide von irem begehren erst domahls abgewiessen worden, weil und aber sy beide ein anderen so hertzlich lieb, das sy ein anderen nit mehr lassen könnindt noch mögind, und sich der messpriester gegen imme anerboten, wann er sich zu seiner religon bekhennen, er imme die verwilligung baldt ussbringen wölle, also wehre er bewegt worden, selbst persöhnlich vor uns zuerschynen, [...].»[17]

Weiterhin kann der Fall vorliegen, dass eine Katholikin vor einiger Zeit evangelisch geworden ist und sich mit einem blutsverwandten Evangelischen verheiraten möchte. Der Pfarrer unterstützt dieses Begehren natürlich auch mit dem Argument, dass sie dann mit Sicherheit standhafter dem evangelischen Glauben treu bleiben werde.

Schliesslich kann es sich um eine evangelische Braut handeln, in deren Familie es bereits eine ganze Anzahl von Katholiken gibt und deren Glaubenssituation durch eine evangelische Heirat stabilisiert werden könnte.

In einer dritten, sehr kleinen Kategorie wird von den Pfarrern mit der allgemein überaus bedrängten konfessionellen Lage argumentiert, nämlich

17 Ebenda.

dass zum Beispiel ein Dorf bis zu dem Zeitpunkt rein evangelisch geblieben sei, beim Ablehnen des Dispensationsbegehrens des Brautpaares diese eindeutige Situation gefährdet werden könne, zumal von katholischer Seite bereits Bestrebungen gezeigt würden, in dem Dorf den katholischen Kultus aufzurichten.

## Die Dispensationspraxis bei zu naher Verwandtschaft

Wieso konnten die Paare aber bei einer Konversion zum Katholizismus damit rechnen, dass ihnen von katholischer Seite der Dispens ohne Schwierigkeiten erteilt würde? Lagen die dogmatischen Grundlagen im reformierten Zürich und im katholischen Konstanz so weit auseinander? Eigentlich nicht, ja in Zürich hatte man sich im Laufe der Zeit sogar auf die strengeren Vorschriften der katholischen Kirche eingelassen, was die erlaubten Verwandtschaftsgrade anbelangt.

Der amerikanische Historiker Thomas Max Safley macht auf die Tatsache aufmerksam, dass die reformierten Schweizer Ehegerichte trotz ihrer weltlichen Ausrichtung vom kanonischen Recht beeinflusst waren.[18] Die Vorstellungen reformierter Theologen und Juristen basierten ja nicht zuletzt stark auf katholischen Kirchengesetzen. Auch wenn die sakramentale Natur der Ehe abgelehnt wurde, so blieb doch ihr religiöser Charakter bestehen und ihre Kontrolle durch die lokale Kirche spielte eine wichtige Rolle.[19]

Auf unsere Problematik bezogen wird dieser Sachverhalt besonders deutlich: Auch wenn sich die Reformatoren anfangs allein auf den im Leviticus[20] verbotenen zweiten Grad der Blutsverwandtschaft beriefen und diese Vorstellung in der ersten Zürcher Ehegerichtsordnung von 1525 Ausdruck fand, so schwenkte man später auf die strengeren Verbote des römischen Rechts ein.[21]

Ausdrücklich verbot auch die Ehegerichtsordnung von 1525 die Dispensation von Ehehindernissen – in der Praxis bildete jedoch die Möglichkeit des Appellierens an die Obrigkeit einen häufig genutzten Weg, um dieses Verbot zu umgehen.

Im einzelnen lassen sich diese Abweichungen vom ursprünglichen Soll-Zustand nur ansatzweise rekonstruieren. Zu Hilfe kommt einem hierbei eine Zusammenstellung von Bedenkschriften «wegen Dispensation der Ehen im dritten grad der bluthsfreundtschaft und 2.ten glid der Maagschaft», die 1657

18 Thomas Max Safley, «Canon law and Swiss reform: Legal theory and practice in the marital courts of Zurich, Bern, Basel, and St. Gall», in: Richard H. Helmholz, Hg., *Canon law in protestant lands*, Berlin 1992, S. 197.
19 William Burge, *The comparative law of marriage and divorce*, London 1910, S. 32.
20 3. Mose 18.
21 Burge, The comparative law (wie Anm. 19), S. 33.

von den «dienern der kirchen und schulen zu statt und land» in Zürich verfertigt wurde und sich an die Obrigkeit der Stadt Zürich richtete.[22]

In einer Bedenkschrift aus dem Jahre 1625 wird darauf hingewiesen, dass man sich «vor 100 und mehr Jahren» darauf geeinigt hätte, dass «der drite grad in blutsverwandtschafft solle verbotten syn und der ander in der schwagerschafft» – ein Verweis also auf die Ehegerichtsordnung von 1525 mit der alleinigen Berufung auf Leviticus 18.[23] Der Obrigkeit und dem «Widerpart» habe es aber mit der Zeit missfallen, dass sich allzu nahe Verwandte miteinander verheirateten, worauf man sich 1533 darauf geeinigt habe, dass eine Verheiratung bei Blutsverwandtschaft erst ab dem vierten Grade möglich sein solle.[24] Die Schrift bezieht sich hier auf die Vorgänge auf der Tagsatzung von 1533, auf der von Zürich, Bern, Basel, Schaffhausen und St. Gallen auf Vorschlag Zürichs und mit Rücksicht auf die katholischen fünf Orte die Ehe zwischen Geschwisterkindern verboten wurde.[25] Dieser Fall war nämlich nicht im Leviticus, also der biblischen Norm, nach der man sich in reformierten Kreisen richten wollte, aufgeführt, ja, unter dem katholischen Druck wurde auf derselben Tagsatzung die Erlaubtheit der Verwandtenehen sogar noch um einen Grad, also vom vierten Grad ab, heraufgesetzt.[26]

Auf dem vierten Laterankonzil von 1215 hatte man sich auf die Grenze des vierten Grades bei Blutsverwandtschaft bereits geeinigt. Diese Grenze sorgte aber auch in der katholischen Kirche weiterhin für Diskussionsstoff, wurde der Punkt doch auf dem Trienter Konzil wieder aufgenommen und der Vorschlag eingebracht, die Grenze auf den dritten Grad herabzusetzen. Zu einer Abstimmung hierüber kam es jedoch nicht.[27] Allerdings wurde der Erlaubtheitsgrad bei Affinität auf den zweiten Grad herabgesetzt, vorausgesetzt, der voreheliche Verkehr hatte bereits stattgefunden.[28]

Bestand also seit der Reformation im reformierten Zürich und im katholischen Konstanz zumindest eine gewisse Einigkeit in der Handhabung der Verwandtschaftsgrade in den Ehegerichten, so schieden sich die Geister doch bei der Praxis des Dispensierens erheblich. Die katholische Seite konnte auf eine lange Dispensationspraxis zurückblicken: Als vor dem vierten Laterankonzil noch der siebte Grad der Blutsverwandtschaft die Grenze gebildet hatte, gehörte das Dispensieren von diesem Ehehindernis gegen Geld zum alltäglichen Geschäft. Und auch nach dem Herabsetzen der Grade wurde das

22 Staatsarchiv Zürich, A 6.
23 Ebenda.
24 Ebenda.
25 Eidgenössische Abschiede IV 1c, S. 126f.
26 Köhler, Zürcher Ehegericht (wie Anm. 5), S. 80–82.
27 A. Esmein, *Le mariage en droit canonique*, Bd. 2, Paris 1935, S. 290–292.
28 Thomas Max Safley, *Let no man put asunder – The control of marriage in the German southwest: A comparative study 1550–1600* (= *Sixteenth Century Essays and Studies* 2), Kirksville 1984, S. 20.

Dispensieren nicht aufgegeben, so dass immer nähere Verwandte miteinander verheiratet werden konnten – vom ersten Verwandtschaftsgrad wurde in der Praxis allerdings niemals dispensiert. Obwohl auf dem Trienter Konzil beschlossen wurde, dass die Dispensation vom zweiten Grad nur in seltenen Fällen und unter erschwerten Bedingungen erteilt werden solle, gehörte dies bald zur gängigen Praxis.[29]

Wie bereits erwähnt, setzte man sich im reformierten Zürich 1525 dezidiert von dem Erkaufen der Eheerlaubnis ab und verbot das Dispensieren ganz. Die Hintertür über das Appellieren an die Obrigkeit blieb jedoch offen, und von dieser Möglichkeit wurde dann auch, wie an den Thurgauer Beispielen gesehen, reger Gebrauch gemacht. Das Problem war den Zeitgenossen wohl bewusst, und immer wieder musste sich die Obrigkeit mit Beschwerden von Seiten der Zürcher Geistlichkeit auseinandersetzen. Die bereits erwähnte Beschwerdeschrift von 1625 gibt an, dass die zunächst wohl befolgten Satzungen von 1525 mit der Zeit an Ansehen verloren hätten und dass «die dispensationen sind gemein worden nit nur in gmeinen herschafften, da es etwan sein sonderbahr bedencken haben kan, sondern auch zu stat und land». Man befürchtete sogar, «dass aus diserem anlaass diser fälen je länger je mehr, sonderlich in der landtgraffschafft Thurgauw ynrissen wöllind», womit die Verfasser der Schrift ja auch letztendlich Recht behalten sollten.[30]

Selbst im reformierten Zürich hatte sich also das Dispensieren mit der Zeit eingeschlichen, ein besonderes Problem stellten allerdings die Gemeinen Herrschaften, insbesondere der Thurgau, dar. In der Bedenkschrift wird dann auch nicht verschwiegen, worin die Gründe für diese Entwicklung zu suchen seien, nämlich in der schwierigen konfessionspolitischen Situation des Thurgaus. Man erkannte auch, dass die Thurgauer diese Situation auszunutzen wussten, um frech eigene Interessen durchzusetzen. 1625 fürchteten die Verfasser der Bedenkschrift noch, dass «in betrachtung dessen sorgend wir, dass die Thurgauwer und andere sich des dritten grads darumb nit setigen, sonder nur erst darbey anlaas nemmen möchtind, in anderen näheren sipschaft sich zu vertieffen [...]».[31] Und wirklich finden sich im Laufe des 17. Jahrhunderts Fälle, in denen um einen Dispens im zweiten Grad der Blutsverwandtschaft ersucht wird, immer mit Verweis auf die gängige Praxis in katholischen Gebieten. Aus dem Jahre 1689 ist sogar die Beschwerde des Bischofszellischen Pfarrers Bachmann erhalten, der von einem Dispens im ersten Grade zu berichten weiss.[32]

29 Esmein, Le mariage (wie Anm. 27), S. 390f.
30 Staatsarchiv Zürich, A 6.
31 Ebenda.
32 Staatsarchiv Zürich, A 265/4.

Umso erstaunlicher ist diese Entwicklung, als das Problem bereits in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts von den den Thurgau regierenden Orten erkannt und ein Mandat erlassen worden war, das ausdrücklich Ehen im zweiten und dritten Verwandtschaftsgrad im Thurgau untersagte, woraufhin Bürgermeister und Rat der Stadt Zürich am 1. Februar 1548 den Befehl an die Eherichter erteilten, dass aus den Gemeinen Herrschaften niemand mehr vor sie gewiesen werden solle, der um einen Dispens vom dritten Verwandtschaftsgrad ersuchen wolle.[33] Mit diesem ausdrücklichen Verbot erklärt sich vielleicht, warum in den letzten Jahrzehnten des 16. Jahrhunderts keine Gesuche um Dispens bei zu naher Verwandtschaft bei der Obrigkeit eingingen.

Warum aber setzten die Gesuche dann um die Wende vom 16. zum 17. Jahrhundert so massiv ein und entwickelten sich bis zu Beginn des 18. Jahrhunderts trotz wiederholten Protests von reformierter geistlicher Seite beinahe zu einem Gewohnheitsrecht?

Eine noch stärkere Brisanz erhält diese Entwicklung unter Berücksichtigung der Tatsache, dass im katholischen Konstanz gerade nach 1600 kaum mehr Fälle vor dem Ehegericht behandelt werden mussten, die ein Ehehindernis wegen zu naher Verwandtschaft betrafen, hier also genau die gegenteilige Entwicklung auszumachen ist.

Thomas Safley mutmasst optimistisch, dass die Gründe vielleicht darin zu suchen seien, dass sich bei der Bevölkerung eine gewisse Akzeptanz der Beschlüsse des Tridentinischen Konzils durchgesetzt hätte, dass das Ehegericht also gar nicht mehr so häufig um einen Dispens angegangen worden sei, und dass durch das Anlegen von Gemeinderegistern das Paar oder der Priester ohne Eingreifen des Ehegerichts die möglichen Hindernisse selber habe herausfinden können. Ein weiterer Grund sei vielleicht darin zu suchen, dass ja durch das Herabsetzen der Grenze bei Affinität auf den zweiten Grad eine Menge möglicher Fälle von allein weggefallen seien.[34]

## Zusammenfassung und Fazit

Zwei Faktoren lassen sich ausmachen, die für die Entwicklungen im Thurgau verantwortlich sind: Erstens die konfessionspolitisch besondere Situation der Gemeinen Herrschaft, die es mit sich brachte, dass beide Konfessionen auf engstem Raume zusammenlebten und dass sich die Verwaltung kompliziert gestaltete – sowohl eine katholische als auch ein reformierte Stelle waren für Ehestreitigkeiten zuständig. Zweitens die Tatsache, dass bereits seit dem 16. Jahrhundert die weltliche Obrigkeit alleinige Entscheidungsinstanz für die Ehegerichtsfälle im Thurgau war und somit die konfessionspolitische

33 Köhler, Zürcher Ehegericht (wie Anm. 5), S. 226.
34 Safley, Let no man put asunder (wie Anm. 28), S. 73.

Situation für diese Gerichtsfälle eine besondere Bedeutung annahm. Die Obrigkeit war eher darauf bedacht, im konfessionellen Kräftefeld keine Verluste erleiden zu müssen, als auf die strenge Handhabung der ehegerichtlichen Satzungen zu pochen. Das auch mit Geistlichen besetzte Ehegericht besass nur bescheidene Möglichkeiten, eventuell auf eine strengere Beachtung der ursprünglichen Vorstellungen Einfluss zu nehmen. Die von Zürcher Geistlichen verfasste Beschwerdeschrift aus der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts wies deutlich auf die wunden Punkte hin, zeitigte aber keinerlei Wirkung. Wenn auch, wie Köhler unterstreicht, Zürcher Obrigkeit und Ehegericht in der frühen Zeit ihre Interessen betreffend nicht auseinanderdividiert werden dürfen, so erkennen wir hier doch bereits Ansätze für spätere Differenzen.

Um eine Erklärung für das zum ausgehenden 17. Jahrhundert hin zur Gewohnheit werdende Appellieren beim Ehehindernis der zu nahen Verwandtschaft zu liefern, genügen die bisherigen Faktoren jedoch nicht. Hier müssen zusätzlich die massiven gegenreformatorischen Massnahmen der katholischen Kirche im Thurgau seit der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts berücksichtigt werden, welche die reformierte Zürcher Obrigkeit schneller zum Nachgeben brachte. Möglicherweise bekam die Appellationspraxis im Laufe der Zeit eine gewisse Eigendynamik, und die Thurgauer machten sich in zunehmendem Masse die bestehenden Verhältnisse für ihre Interessen zunutze. Die Androhung einer Konversion, der Hinweis auf das Erwirken einer einfachen Dispensation vor dem Konstanzer Ehegericht, aber auch das Inaussichtstellen der Gewinnung einer Seele für den evangelischen Glauben, wie dies durch Thurgauer Geistliche geschah, mussten mit der Zeit die Zürcher Obrigkeit mürbe werden lassen, wollte man nicht dem konfessionellen Gegner Gewinne zuspielen.

Zugespitzt könnte so die eingangs formulierte These auch lauten, dass sich das obrigkeitliche Machtinstrument des Ehegerichts aufgrund der spezifischen konfessionspolitischen Situation der Gemeinen Herrschaft in ein Machtinstrument der Beherrschten verwandeln konnte.

Das obrigkeitliche Interesse der Disziplinierung der Untertanen wurde von denselben unterlaufen und die eigenen Interessen, die der Disziplinierung entgegenliefen, konnten durchgesetzt werden.[35]

35 Für die lokale Fundierung von Studien, die sich mit dem frühneuzeitlichen Sozialdisziplinierungsprozess beschäftigen, hat sich in letzter Zeit vor allem Heinrich Richard Schmidt stark gemacht. Er ermittelt in seinen Arbeiten über Sittenzucht in Berner Landgemeinden eine christlich inspirierte Selbstregulierung der dörflichen Gemeinden und setzt sich so von der im allgemeinen etatistisch geprägten Sozialdisziplinierungsthese ab: Heinrich Richard Schmidt, *Dorf und Religion: Reformierte Sittenzucht in Berner Landgemeinden der Frühen Neuzeit*, Stuttgart 1995. Von den zahlreichen Aufsätzen siehe vor allem ders., «Sozialdisziplinierung? Ein Plädoyer für das Ende des Etatismus in der Konfessionalisierungsforschung», in: *Historische Zeitschrift* 265, 1997, S. 639–682.

# Die Twinggemeinde Emmen in der frühen Neuzeit

## Verwaltungsorganisation, Amtsträger und Finanzhaushalt*

Marco Polli-Schönborn

Die vorliegende Darstellung über die bäuerliche Gemeinde Emmen in der frühen Neuzeit setzt sich zum Ziel, von einer Momentaufnahme des Twings im ersten Drittel des 17. Jahrhunderts ausgehend, einen gerafften zeitlichen Längsschnitt der Entwicklung der Verwaltungsstrukturen und -aufgaben zu geben. Dabei stehen Themenbereiche im Vordergrund, die nach den organisierenden Kräften (lokale Amtsträger) sowie deren Verwaltungsaufgaben und Entschädigungsansätzen fragen. Der Aufarbeitung der innergemeindlichen Integrations- und Konfliktfelder soll im folgenden ebenfalls Platz eingeräumt werden. Im Mittelpunkt des Interesses steht das Amt des Twingweibels: Mit der Segmentierung der legitimen Gewaltausübung zwischen Obrigkeit und Twinggemeinde nahm er daselbst als intermediäre Kraft eine zentrale Stellung ein. Welche lokalen Amtsträger kommen primär in deren Genuss, welchen materiellen und/oder politischen Nutzen können sie aus der Verwaltungstätigkeit ziehen? Zudem soll der Frage nachgegangen werden, wieweit die Merkmale der Honoratiorenherrschaft im Sinne Max Webers Herrschafts- und Verwaltungssoziologie auch für den Twing Emmen zutreffen. Der vorliegende Beitrag blendet aus Platzgründen die kirchliche Organisationsebene aus und beschränkt sich auf den Nutzungsverband des Emmer Twings.

### Der Twing Emmen im Schatten Luzerns und Rothenburgs

Emmen war im Rahmen des Territorialisierungs-Prozesses als Teil des Amts Rothenburg im Gefolge des Sempacherkrieges (1386) zu Luzern gelangt.[1] Der Twing bildete zusammen mit den Twingen Rottertswil, Gerliswil und weiteren zerstreuten Höfen den ungefähren Umriss des heutigen Gemeindegebiets. Während die Hohe Gerichtsbarkeit dem Vogt des Amts Rothenburg zustand, belehnte der Luzerner Rat in Fortführung der habsburgischen Tradition im Gebiet Emmens städtische Adelsfamilien mit der niederen Gerichtsbarkeit, das heisst mit dem Twing und Bann sowie mit Zehntrechten (ab ca. 1500 ausschliesslich das Junkergeschlecht Feer, das ursprünglich in Emmen beheimatet gewesen war).

* Abkürzungen: StALU = Staatsarchiv Luzern; KoAE = Korporationsarchiv Emmen; PfrAE = Pfarrarchiv Emmen.

1 Vergleiche dazu Guy P. Marchal, *Sempach 1386*, Basel 1986.

Emmen liegt als Vorort der Stadt Luzern an deren wichtigsten Ein- respektive Ausfallstrassen Richtung Norden und in deren unmittelbaren Nähe. Diese verkehrs- und militärtechnisch bedeutende und gleichzeitig zentrumsnahe Lage liess Emmen in der frühen Neuzeit stärker als andere Luzerner Vorortsgemeinden in den Gesichts- und Bannkreis städtischer Interessen rücken. Auf Emmer Boden standen zahlreiche obrigkeitliche Einrichtungen (Zollstation an der Emmenbrücke, seit den 1560er Jahren die Richtstätte, später auch noch der Wasenplatz), welche obrigkeitliche Herrschaftsansprüche von weither sichtbar signalisierten. Diese Einrichtungen schränkten den persönlichen Handlungsspielraum der Emmer Bevölkerung ein und liessen sie die Umsetzung obrigkeitlicher Interessenpolitik merklich spüren. Kaum grundlos beteiligten sich Emmer Akteure seit dem ausgehenden Mittelalter regelmässig an Rebellionen, die gegen die Obrigkeit gerichtet waren. Andererseits erfuhr ein öffentliches Amt in Emmen gerade wegen dessen Bedeutung aus obrigkeitlicher Sicht einen besonderen Stellenwert. Dies mag unter anderem erklären, weshalb in Emmen die Bekleidung eines öffentlichen Amts mit namhaftem Zuwachs an Macht, Einfluss und Prestige verbunden gewesen ist und entsprechend begehrenswert war.

## Aufbau der Twingverwaltung und Verdichtung ihrer Aufgabenbereiche im 18. Jahrhundert

Die Korona der Emmer Twingbeamten bestand in der frühen Neuzeit aus einem vierköpfigen Gremium. Dieses wurde vom *Weibel* angeführt, der – ähnlich wie der Amtsweibel auf der übergeordneten Ebene – eine «Scharnierfunktion» zwischen der Obrigkeit und der Twinggemeinde einnahm. In seiner Stellung spiegelt sich die «Janusköpfigkeit» der Gemeinde wohl am trefflichsten:[2] Letztere repräsentierte er nach aussen bei Amtsgeschäften in Rothenburg oder vor dem Luzerner Rat, woraus das vitale Eigeninteresse der Gemeinde an einer versierten und integren Persönlichkeit für dieses Amt zu erkennen ist.[3] Im Auftrag der Obrigkeit (Twingherr, Landvogt) indes nahm der Weibel innerhalb des Twings Aufsichts- und Verwaltungsaufgaben wahr. Gesetzesübertretungen mussten von ihm angezeigt (eidliche Verpflich-

2 Vergleiche Heide Wunder, *Die bäuerliche Gemeinde in Deutschland*, Göttingen 1986, S. 20.

3 Im Jahr 1754 mussten die Weibel der Twinge Emmen und Rottertswil zur Bereinigung von Steuer- und Abgabenfragen in Rothenburg vor dem Landvogt erscheinen (KoAE, Nr. 44, Streit um Rückerstattung von Steuergeldern, 1754). Die Repräsentationsfunktion wird beispielsweise aus dem Ingress zum Twing-Libell von 1620 ersichtlich: «Wir der Schuldtheiss und Rhat der Statt Lucern thund khundt menigklichem hiemit: Dass uff hüt dato uns die Ehrsammen Erbaren, unsere besonders liebe gethrüwe Underthanen gemeine Thwingsgnossen zu Emmen in unser Grafschaft Roothenburg, *durch ihre Verordnete erbare Abgesandte Weibel Casparn Waldespüel, Weibel Andres Küngen und Jacoben Steiner uns fürbringen lassen* [...]» (kursive Hervorhebung durch den Autor).

tung zum «Leyden») und geahndet werden, im Auftrag des Twingherrn zog er die Umgeldabgaben der Emmer Gastwirte ein, zudem stand er dem Dorfgericht vor.[4] Kurz, der Weibel war als Vertreter der obrigkeitlichen Interessen gleichermassen deren verlängerter Arm im Dorf und übernahm die Aufgaben und Pflichten des früheren grundherrlichen Verwalters (Meier). Im Unterschied zu den anderen Emmer Amtsträgern hatte der Weibel offenbar keinen Anspruch auf eine Entschädigung aus der Twingkasse, woraus gefolgert werden kann, dass sein Auftrag von der Gemeinde primär als obrigkeitliches Instrument perzipiert wurde.[5] Ob er vom Twingherrn ein Entgeld bezog oder ob er sich mit dem – mit der Amtsausübung verbundenen – Zuwachs an Ehre und Prestige begnügen musste, bleibt offen. Die Ehrenamtlichkeit des Weibelamts muss insofern relativiert werden, als dessen Inhaber über Gerichts- und Bussenanteile finanziell am Herrschaftssystem partizipierte. Deren Umfang lässt sich zwar nicht ermitteln – es dürfte sich allerdings (da es teilweise Naturalabgaben betraf) um eher bescheidene Zuwendungen gehandelt haben.[6] Als Distinktionsattribut gewährte die Obrigkeit den Amtsträgern auf der Luzerner Landschaft im 17. Jahrhundert das Recht, bei offiziellen Handlungen einen Amtsmantel in den Landesfarben zu tragen, was ausdrücklich ihre Autorität stärken sollte.[7] Die Wirkung der Zuweisung von Herrschaftsattributen mit grosser Symbolkraft muss hoch veranschlagt werden: Sie erhöhte gegenüber der Obrigkeit das politische Loyalitätsempfinden der Trägerschaft und beschleunigte andererseits deren soziale Differenzierung und Abhebung gegenüber den «gewöhnlichen» Landleuten.[8] In der «Unentgeltlichkeit» und dem «Nebenberufs-Charakter» des Amtsauftrags bestanden laut Max Webers Herrschafts- und Verwaltungssoziologie die Hauptmerkmale der Honoratiorenherrschaft, Merkmale, die sich also auch

4 StALU, AKT 11Q/392, Twing-Rodell (Hoffrecht) zue Emmen, 1537: «Ein Weybel soll schwören der Statt Lucern und eines Gerichtsherren Lob, Nutz und Ehre ze fürderen, Ihren Schaden ze wahrnen und zu wenden, unseren gnedigen Herren, dem Vogt und Gerichtsherren gehorsam ze sein und den selbigen Nützit verhalten, sonder Fürbringen, Anzeigen und leyden [...].»

5 Ende des 18. Jahrhunderts sind lediglich für den Säckelmeister, für den Wuhrmeister, für die beiden Bannwarte und für den Dorfknecht jährliche «Gehaltszahlungen» in bescheidener Höhe ausgewiesen (vergleiche StALU, AKT 212/18C, Verantwortung über die Fragen an die Gemeinde Emmen, 12.1.1799).

6 Vergleiche Aussagen in Anm. 40.

7 StALU, RP Fol. 392, 23.1.1636: «Uf hüt dato habent M.G.H. zu meererer authoritet der Oberkeit angesähen, dass fürohin ihren Weibeln und beamteten die mantel im Umgang ihren diensten [...] zugestellt werde, [...].» Im Staatsarchiv Luzern liegt in Buchform eine Aufzeichnung über die Verleihung von weiss-blauen Mänteln an Amtsinhabern auf der Landschaft vor (COD 1381). Die Zusammenstellung umfasst den Zeitraum vom ersten Drittel bis Ende des 17. Jahrhunderts, sie ist allerdings lückenhaft. Für die Landvogtei Rothenburg sind fünfzehn Eintragungen verzeichnet, worunter sich auch zwei Emmer Weibel befinden. Erwin W. Kunz, *Die lokale Selbstverwaltung in den zürcherischen Landgemeinden im 18. Jahrhundert*, Zürich 1948, S. 15, weist dasselbe Distinktionsattribut in den entsprechenden Landesfarben für die Zürcher Landschaft nach.

8 Ähnliche Kleidervorschriften mit derselben Zweckbestimmung weist Urs Kaelin, *Die Urner Magistratenfamilien: Herrschaft, ökonomische Lage und Lebensstil einer ländlichen Oberschicht, 1700–1850*, Zürich 1991, S. 76–77, bei Amtstätigkeiten der Urner Ratsherren nach.

auf der Dorf- oder Twingebene durchsetzten.[9] Daraus leitet sich auch für die unterste Herrschaftsebene die Abkömmlichkeit der Amtsträger ab, was zwangsläufig zur Folge hatte, dass sich hauptsächlich Angehörige der ländlichen Oberschicht – Grossbauern, Müller, Wirtsleute – unter Vorbehalt minimaler Lese- und Schreibkenntnisse sowie gemeinverträglicher Charaktereigenschaften für entsprechende Ämter bewerben konnten. Dass in Emmen die Bekleidung eines öffentlichen Gemeindeamtes durchaus begehrt gewesen sein muss, folgern wir aus einem überlieferten Streit um die Besetzung einer Weibelstelle im ersten Drittel des 17. Jahrhunderts: Im Jahr 1630 klagte der Emmer Peter Waldisbühl bei Rat und Hundert, dass «er – Waldisbühl – vor einem Jahr mit der meereren Hannd (durch Gemeindemehr) ordenlich zu einem *Weÿbel* erwält gsÿgi, sÿe er von Jme Steineren hierzwüschen dergestalt verböseret worden, dass mann Jme von sollichem Ambt widerümbt abgesetzt, unnd Jrer Steineren an sie statt ernambset».[10] Offensichtlich war es zu Beginn der 30er Jahre des 17. Jahrhunderts im Twing Emmen zu einer Auseinandersetzung bei der Bestellung des Weibels gekommen. Das zitierte Schriftstück lässt zwar viele Fragen offen, zum Beispiel ob es sich um eine Amts- oder um eine Twingweibel-Stelle (wahrscheinlicher) handelte, ob Waldisbühl Fehler in der Amtsausübung unterlaufen waren, ob er sich Amtsmissbrauch hatte zuschulden kommen lassen, oder ob seine Absetzung alleine auf Steiners Intrigieren hin erfolgt ist (wie der Hinweis «verböseret worden» evoziert). Ebensowenig ist uns der Ausgang des Streits überliefert. Dass Steiner nach 1630 in den Quellen weiterhin als Twing-Weibel erscheint, deutet auf eine Niederlage Waldisbühls hin. Ungeachtet aller unbeantworteten Fragen zeigt die Episode, dass in Emmen in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts innerhalb der Twinggemeinschaft Machtkämpfe stattgefunden haben, was zwar nichts Aussergewöhnliches war und auch für andere eidgenössische Untertanengebiete nachzuweisen ist.[11] Interessant ist dabei die Tatsache, dass sich im Twing Emmen – nimmt man die persönliche «Finanzkraft» als Messwert der innerdörflichen Sozialstruktur – die Nummer drei gegenüber eines Angehörigen des finanzkräftigsten Familiengeschlechts durchzusetzen vermochte![12] Bei beiden Kontrahenten handelt es sich unzweifelhaft um klassische Vertreter der Twingoberschicht, wenn nicht gar um Dorfpoten-

9 Max Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft: Grundriss der verstehenden Soziologie* (Studienausgabe), Göttingen 1972[5], S. 169–170.

10 StALU, AKT 11Q/14, Streit um Weibelstelle, 16.4.1630.

11 Für Zürich vergleiche Kunz, Die lokale Selbstverwaltung (wie Anm. 7), S. 13f.

12 Steiner erscheint anlässlich einer Güterschatzung aus dem Jahr 1634, die also kurze Zeit nach dem erwähnten Streit vorgenommen worden ist, als Inhaber zweier Behausungen und zählt zu den drei wohlhabendsten Emmer Twingbewohnern. Der Geldwert seines Besitzes wurde anlässlich dieser Schatzung auf 3300 Gulden veranschlagt, der Geldwert der Gebrüder Waldisbühl belief sich auf 7500 Gulden. Quelle: StALU, URK 366/6602, Verzeichnüss einer Abtheÿlüng des Uftribs aüff die Allmend ze Emmen, 1634.

taten, und beide verkörpern hinsichtlich Finanzkraft (und der daraus abzuleitenden Abkömmlichkeit) die Webersche Definition der Honoratiorenherrschaft in geradezu idealtypischer Weise.

Das Gesagte hinsichtlich Ehrenamtlichkeit und Abkömmlichkeit trifft weitgehend auch für die weiteren innerdörflichen Twingbeamten Emmens zu – wenngleich diese im Unterschied zum Weibel Anrecht auf ein bescheidenes und häufig nach Aufwand berechnetes Entgelt hatten. Dem «Säckelmeister» oblag die Verwaltung des Twingvermögens, über dessen Bilanz er in Anwesenheit des Twingherrn, der Geschworenen und der versammelten Gemeinde regelmässig Rechenschaft ablegen musste. In den Emmer Dorfrechnungen, die für die Zeitspanne zwischen 1734 und 1768 fast lückenlos vorhanden sind, führte der Säckelmeister respektive der Gemeindeschreiber Buch über Einnahmen und Ausgaben:[13] Die Twingkasse wurde primär durch Einnahmen aus Einzugsgeldern, aus dem Erlös von Holz- und Rindenverkauf aus den Gemeindewäldern, aus Zinszahlungen für die Kreditvergabe an Privatpersonen sowie aus Bodenzinsen alimentiert.[14] Auf der Ausgabenseite schlugen insbesondere die Entschädigungen für die Twingbeamten und für den Trüllmeister, Aufwendungen für Strassenunterhalt und weitere Gemeindearbeiten, Beiträge für die Begleichung der Amtssteuer sowie für den alljährlichen Einsatz der Zuchtstiere zu Buche (Tabelle 1).[15]

Während sich die Dorfrechnung im Jahr 1738 mit einem knappen Überschuss von 26 Gulden sehr ausgeglichen präsentierte, schloss im Jahr 1768 die Erfolgsbilanz mit einem leicht höheren Überschuss von 42 Gulden, so dass das Twingvermögen auf 1926 Gulden anstieg.[16] Dieser finanzielle Erfolg scheint Anlass für eine marginale Aufbesserung der jährlichen Entschädi-

13 KoAE, Mappe Urkunden 1700–1800, Nr. 82, Dorfrechnung 1734–1738; Nr. 94, Dorfrechnung 1739–1741; Nr. 85, Dorfrechnung 1741–1747; Nr. 108, Dorfrechnung 1747–1750; Nr. 86, Dorfrechnung 1750–1755; Nr. 90, Dorfrechnung 1761–1768. Die Dauer der «Finanz-Haushaltsperioden» variierte zwischen drei und sieben Jahren. Während in Emmen im 16. und 17. Jahrhundert in der Regel der Weibel oder die Geschworenen offizielle Schreiben häufig persönlich verfassten oder mindestens zeichneten bzw. man – wie weiter unten das Beispiel des Gerichtschreibers zeigt – für Schriftlichkeiten auf den Leutpriester zurückgriff, scheint im Laufe des 18. Jahrhunderts ein Gemeindeschreiber für Kanzleidienste zuständig gewesen zu sein. Dieser war nachweislich nicht mit dem Weibel oder mit den anderen Geschworenen identisch und bezog einen Schreiberlohn.

14 Offensichtlich hatte die Emmer Twinggemeinde im 18. Jahrhundert den Müllj-Schachen, den Reussbühlschachen sowie weiteres, nicht näher umschriebenes Gemeindeland verpachtet und bezog dafür entsprechende Zinserträge. Im Jahr 1739 belehnte der Emmer Säckelmeister Joseph Gürber im Auftrag der Gemeinde Christian Bucher mit dem «Gmeind Schachen neben dem Rüss Büöll», wofür Bucher sich zur Bezahlung von jährlich fünf Gulden Zins verpflichtete (KoAE, Mappe Urkunden 1700–1800, Nr. 79, Lechenbrieff umb der Gmeind Emmen Schachen bey dem Rüssbüöll, Ao 1739).

15 Der Trüllmeister war mit der Aufgabe betraut, mit der waffenfähigen Mannschaft an gewissen Tagen den Umgang mit Musketen, Halbarten und Piken einzuüben. Der militärische Exerzierplatz Emmens (Trüllplatz) befand sich im 19. Jahrhundert (vermutlich auch früher schon) auf dem Emmenfeld in der Nähe der Gaststätte «Emmenbaum». In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts erhielt der Emmer Trüllmeister nur ein sehr bescheidenes Jahresgehalt von 1 1/2 Gulden (KoAE, Mappe Urkunden 1700–1800, Nr. 90, Dorfrechnung 1761–1768)!

16 KoAE, Mappe Urkunden 1700–1800, Nr. 82, Dorfrechnung 1734–1738.

gungen des Bannwarts und des Dorfknechts gewesen zu sein.[17] Insgesamt stellt man für die beobachtete Zeitspanne zwischen 1738 und 1768 eine markante Zunahme der Aufgabenbereiche und der damit verbundenen Auslagen sowie eine zunehmend detailliertere Buchführung fest. Die Verdichtung der Aufgabenbereiche stand insbesondere in Zusammenhang mit dem Ausbau der Hochstrasse zwischen Luzern und Sursee, der in den späten 1750er Jahren von der Obrigkeit angeordnet und forciert vorangetrieben worden war.[18] Bau und Instandhaltung oblag den von der Linienführung tangierten Gemeinden, was einerseits den Twinggenossen beträchtliche (und weitgehend unentgeltliche!) Arbeitsleistungen abforderte, andererseits den Twingbeamten intensivere Kontakte mit der Obrigkeit – je nach Leseart – bescherte oder ermöglichte. Dies wiederum schlug sich in Auslagen für Gutachten, für sogenannte «Läuf ond Gäng» etc. in der Dorfrechnung nieder. Die positiven Rechnungsabschlüsse in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts erlaubten der Twinggemeinde, den eigenen Handlungsspielraum – insbesondere auch in ihrer Funktion als Darlehens-Vermittlerin – zu erweitern sowie die Ansätze für die Entschädigung der Twingbeamten zu erhöhen.

*Tabelle 1: Übersicht über Einnahmen und Ausgaben der Emmer «Dorff-Rechnig» 1761–1768 (vereinfacht)*

| Einnahmen/Ausgaben 1761–1768 in Gulden (gerundet) | | |
|---|---|---|
| Übertrag aus der vorherigen Rechenperiode | 1884 | |
| **Einnahmen** | | |
| Zins für geliehenes Kapital (1100 gl) | | 385 |
| Bodenzinsen | | 134 |
| Zins für verpachtetes Schachen-Land | | 252 |
| Amtssteuer | | 32 |
| Erlös aus Holzverkauf | | 221 |
| Erlös aus Rindenverkauf | | 120 |
| Wuhrlohn («Strafgeld» für versäumten Arbeitseinsatz) | | 8 |
| Einzugsgeld | | 63 |
| Verschiedenes | | 2 |
| Total Einnahmen | 1217<br>3101 | 1217 |

17 KoAE, Mappe Urkunden 1700–1800, Nr. 90, Dorfrechnung 1761–1768.
18 Hans Wicki, *Bevölkerung und Wirtschaft des Kantons Luzern im 18. Jahrhundert,* Luzern 1979, S. 473–480.

| **Ausgaben** | | | |
|---|---|---|---|
| Entschädigung für Säckelmeister | | | 72 |
| Entschädigung für Bannwart | | | 74 |
| Entschädigung für Wuhrmeister | | | 79 |
| Entschädigung für Gerichtsschreiber | | | 13 |
| Entschädigung für Fährmann | | | 12 |
| Entschädigung für Trüllmeister | | | 11 |
| Entschädigung für Dorfknecht | | | 3 |
| Abschreibungen/Schadenersatz | | | 228 |
| Strassenbau | | | 49 |
| Gutachten | | | 30 |
| Zuchtstiere | | | 115 |
| Amtssteuer | | | 49 |
| Wuhrarbeiten | | | 22 |
| Schmiedarbeiten (Rothenburg) | | | 29 |
| Begutachten von Strassen- und Wuhrarbeiten | | | 43 |
| Neues Gemeindeschiff | | | 23 |
| «Leyden» | | | 8 |
| Diverse Arbeiten | | | 312 |
| Verschiedenes | | | 3 |
| Total Ausgaben | 1175 | 1175 | 1175 |
| Einnahmeüberschuss | | 42 | |
| Saldo | *1926* | | |

Quelle: KoAE, Mappe Urkunden 1700–1800, Nr. 90, Dorfrechnung 1761–1768.

Dem Weibel und dem Säckelmeister standen zwei weitere Twingbeamte zur Seite. Das Amt des «Bannwarts» war um die Mitte des 16. Jahrhunderts auf obrigkeitlichen Geheiss hin eingeführt worden, nachdem diese für Emmen wegen masslosen Holzschlags einen akuten Holzmangel festgestellt hatte.[19] Während die bis anhin vorgestellten Gemeindebeamten in den meisten eidgenössischen Untertanengebieten ihr Pendant fanden, betraf das vierte finanziell entschädigte Amt des «Wuhrmeisters» ein emmenspezifisches Arbeitsfeld.[20] Sein Amtsauftrag lag ausschliesslich in den geomorphologischen Gegebenheiten Emmens – umgeben von unberechenbaren Flüssen – begründet und war wohl der einzige, welcher die gemeindebildende Gemeinsamkeit unter den Twinggenossen (wiewohl häufig nur unter Bussandrohung!) zu

19 StALU, AKT 11Q/393, Emmen Holzordnung 1549.

20 Für Zürich vergleiche Kunz, Die lokale Selbstverwaltung (wie Anm. 7), S. 37–58, für das Gasterland Ferdinand Elsener, «Das bäuerliche Patriziat im Gaster: Zur Verfassungsgeschichte einer schwyzerischen Landvogtei», in: *Der Geschichtsfreund* 104, 1951, S. 71–94.

fördern vermochte. Dem Wuhrmeister oblag die Koordination und Leitung der überlebensnotwendigen Flussverbauungen entlang der Kleinen Emme, der Reuss und des Rotbachs, an denen sich alle nutzungsberechtigten Twinggenossen (unabhängig von persönlichem Reichtum und Status) beteiligen mussten. Die Ausübung dieses verantwortungsvollen Amts erforderte viel Erfahrung, ein hohes Mass an organisatorischem und handwerklichem Geschick und setzte eine enge Zusammenarbeit mit dem Bannwart voraus: Der Bezug des Bauholzes aus den Wäldern musste mit letzterem abgesprochen und organisiert werden. Auch der Wuhrmeister wurde aus den Reihen der Twinggenossen gewählt. Sein Einsatz wurde Ende des 18. Jahrhunderts mit acht Schilling pro Arbeitstag entschädigt, wobei ihm in der Regel ein Wuhrknecht zur Seite stand.[21] Ähnlich wie bei den Deichgenossenschaften Nordostdeutschlands oder der Niederlande darf die integrative Wirkung der Landgewinnung und vor allem der Landsicherung nicht unterschätzt werden. Nicht grundlos erinnerten sich die Behörden der Emmer Nachbargemeinde Littau, die ebenfalls der Unbill der Natur ausgesetzt war, noch Ende des 18. Jahrhunderts an die ursprüngliche Zweckbestimmung ihres Twings: Sie lokalisierten sie in der Funktion, Streitigkeiten wegen Wuhren und Dämmen aufzuheben![22]

## Die Gemeindeversammlung

Die inneren Angelegenheiten der Twinggemeinde wurden in der *Gemeindeversammlung* besprochen. Die wichtigsten Geschäfte, die hier zur Behandlung anstanden, betrafen die Organisation und die Verwaltung des Nutzungsverbands, Entscheidungen über die Aufnahmebegehren seitens Einzüglingen sowie die Wahl der Twingbeamten.[23] Bestimmungen über die Wuhrarbeiten mussten ebenso geregelt werden wie die Auftriebsordnung auf die Emmer Allmend und auf die Felder, welche im Jahr 1634 Anlass zu Streitigkeiten gegeben hatte und seither alle sechs Jahre an der Gemeindeversammlung im Beisein des Twingherrn erneuert wurde.[24] Die bereits er-

21 StALU, AKT 212/18C, Verantwortung über die Fragen an die Gemeinde Emmen, 12.1.1799.

22 Hans Dommann und Fritz Glauser, *Littau: Beiträge zur Ortsgeschichte*, Littau 1979, S. 15, Anm. 3.

23 KoAE, Twing-Libell Emmen 1620. Bestimmungen über «Annämmens der Inzüglingen halb». Die Wahl des Weibels erfolgte im 17. Jahrhundert – im Unterschied zu 100 Jahre später – vermutlich ohne Zutun des Twingherrn an der Gemeindeversammlung (vergleiche StALU, AKT 11Q/14, Streit um Weibelstelle, 16.4.1630). Jene des Säckelmeisters und der anderen Twingbeamten nahm man anlässlich der Versammlung vor, an welcher die Dorfrechnung vorgestellt wurde. Die Amtsdauer letzterer deckte sich mit der beschlossenen Haushaltsperiode, die Mitte des 18. Jahrhunderts zwischen drei und sieben Jahren variierte, die genaue Amtsdauer der Weibel konnte nicht ermittelt werden; denkbar ist, dass sie wie beim Amtsweibel zwei Jahre betrug.

24 StALU, AKT 11Q/399, Weidgangsordnung Emmen 1634. Im Korporationsarchiv Emmen sind die Auftriebsrödell aus den Jahren 1634, 1698, 1725, 1777 und 1790 aufbewahrt (KoAE, Mappe Nr. 184, Heft Nr. 165 [1725] sowie Heft Nr. 186 [übrige Jahre]).

wähnten Dorfrechnungen mussten ebenfalls an der Gemeindeversammlung in Gegenwart des Twingherrn, der «ehrenten Geschworen und Gmeindsgnossen» präsentiert und genehmigt werden.[25] Über Versammlungs-Häufigkeit und -Ort schweigen sich die Quellen aus – denkbar sind die Mauritius-Kirche sowie die Gaststätten «Sticherhüsli» oder «Emmenbaum».[26] Die Bestimmungen des Hofrechts sahen ausdrücklich vor, dass die Abstimmungsergebnisse auch für die Minderheit bindend seien![27] Anfangs des 17. Jahrhunderts sahen sich die Gemeinde-Verantwortlichen genötigt, weil «in versamleten Gmeinden des Meerens halb (in Abstimmungsfragen) Missordnung verspürt worden», den Kreis der Teilnahmeberechtigten an den Versammlungen genauer zu umschreiben: Stimmfähig sollten nur die am Gemeinwerk berechtigten Haushaltsvorstände samt ihrer Söhne sein, sofern diese am vorangegangenen Schwörtag der Huldigungspflicht nachgekommen waren.[28] Hintersassen wurden vom Stimm- und Wahlrecht ausdrücklich ausgeschlossen, bei Wahlen oder bei persönlichen Angelegenheiten mussten Blutsverwandte der fraglichen Person bis und mit drittem Grad in den Ausstand treten.[29] Im Unterschied zum Stimmrecht in manchen Genossenschaftsalpen, wo sich dieses vielfach nicht nach Köpfen, sondern nach Stössen (Kuhweide-Anteilrechten) richtete und Grossbauern bevorteilte, herrschten in Emmen diesbezüglich «egalitäre» Verhältnisse.[30]

## Das Emmer Twinggericht

Die Lokalisierung und eigenverantwortliche Durchführung des Niedergerichts im Dorf wird gemeinhin als Abschluss und Krönung der bäuerlichen Autonomie gewertet.[31] Zweifelsohne steigerte deren Erwerb die gemeindliche Kompetenz und das Ansehen der damit betrauten Dorf- oder Twingbeamten gleichermassen. Laut Bestimmung des Emmer Hofrechts musste anfangs des 14. Jahrhunderts die Rechtsfindung am «offenen Geding» noch durch alle am Gemeinwerk berechtigten Genossen erfolgen.[32] Zudem hatte

25 KoAE, Mappe Urkunden 1700–1800, Nr. 82, Dorfrechnung 1734–1738.
26 Ende des 19. Jahrhunderts wurden die Gemeindeversammlungen alternierend in der Mauritiuskirche und im Konzertsaal des Wirtshaus «Emmenbaum» respektive ab 1911 in der Krauerturnhalle abgehalten.
27 StALU, AKT 11Q/392, Twing-Rodell (Hoffrecht) zue Emmen, 1537: «[...] wessen der Mehrteil under den Gnossen übereinkumbt, das soll der Mindertheil stathan.»
28 KoAE, Twing-Libell Emmen 1620.
29 Ebenda.
30 Für die Genossenschaftsalpen im Gaster: Elsener, Das bäuerliche Patriziat (wie Anm. 20), S. 79–80.
31 Heide Wunder, *Die bäuerliche Gemeinde in Deutschland*, Göttingen 1986, S. 45.
32 StALU, AKT 11Q/392, Twing-Rodell (Hoffrecht) zue Emmen, 1537. Nichterscheinen wurde mit einer Busse von drei Schilling bestraft!

der Vogt jährlich zweimal, im Frühjahr und im Herbst, um «Eigen und um Erbe» zu richten, während dem Twingherrn die niedere Gerichtsbarkeit – ohne «Dieb und Fräffel» – zustand.[33] Als Gerichtsschreiber amtete ursprünglich der Leutpriester, der für diese Tätigkeit mit Bussengeldern entschädigt wurde.[34] Im Laufe des Spätmittelalters scheint die Kompetenz der Rechtssprechung bei geringfügigen Fällen allein auf den Weibel und die vier Geschworenen übertragen worden zu sein. Diese übten somit nicht mehr nur im Auftrag des Twingherrn Aufsichts-und Verwaltungsfunktionen im Twing aus, sondern waren gleichermassen auch für die Rechtssprechung am Dorfgericht zuständig.[35]

Die Gerichtsbarkeit im Alten Luzern war auf verschiedene Instanzen aufgefächert, wovon die unterste dem Dorf- oder Gemeindegericht zufiel.[36] Die vier Geschworenen und der Weibel, die gemäss Hofrecht «ein gemeiner Richter dem Heimischen als dem Fremden» sein mussten, kamen einerseits hier anlässlich des Frühjahrs- und des Herbstgerichts an der Seite des Twingherrn zum Einsatz.[37] Dieses beurteilte kleinere Zivilstreitigkeiten sowie geringfügige Straffälle.[38] Von den gefällten Bussen standen dem Twingherrn 2/3, dem Landvogt 1/3 zu. Der Weibel und die Geschworenen mussten andererseits aber auch am Wochengericht und auf Verlangen eines Klägers anlässlich eines ausserordentlichen Gerichtstags (dem sogenannten gekauften Gericht) urteilen.[39] Dafür erhielten sie Ende des 16. Jahrhunderts von der unterliegenden Partei ein geringes Entgelt sowie eine vorgeschriebene Ent-

33 Im Twing Rottertswil dauerten Frühjahrs- und Herbstgericht je zwischen acht und vierzehn Tage; bei Bedarf musste der Twingherr zudem ein Nachgericht organisieren (StALU, AKT 11Q/476, Twingrodell Rottertswil, 1530). Weiter siehe die Bestimmungen in StALU, AKT 11Q/392, Twing-Rodell (Hoffrecht) zue Emmen, 1537, die aus verschiedenen Abschnitten der Hofrechtsaufzeichnung zusammengetragen sind. Sie sind ohne innere Kohärenz und nehmen auch nicht aufeinander Bezug, so dass es schwierig abzuschätzen ist, wie man sich die Rechtspraxis konkret vorzustellen hat.

34 Ebenda. Weitere Einnahmen aus den Bussengeldern standen dem Bannwart zu.

35 Im Jahr 1464 scheint der Emmer Weibel Gerichtsfunktionen ausgeübt zu haben: «Ich Peter Verr (Feer) weibel in dem Twing ze Emmen tuon kund allermenklichen, dass ich an statt und in namen ouch von heissens und empfelhens wegen des fromen vesten Jungkers Albin von Silinon Twingherrn des Hoffs und gerichtes ze Emmen an der gewonlichen gerichtes statt an dem Tage als dieser brieff geben ist, offentlich ze gerichte sass [...].» Neben Weibel Peter Feer amteten fünf Geschworene und vier Zeugen. Aus: Eduard Feer, *Die Familie Feer in Luzern und im Aargau,* Aargau 1964, S. 284, Anm. 4.

36 Gotthard Egli, *Gerichtsverfassung in Luzern*, Luzern 1912, S. 69–70.

37 StALU, AKT 11Q/397, Urkund Herren Hauptmann Johan Leopold Feehren, 1628: «[...] an haltenden Meyen und Herbstgrichten dass allein ein Weybell und vier Fürsprächen, so zuo Gricht sitzend Gastfrey gehalten werden sollent.» Die Kosten für die Verpflegung der Geschworenen teilten sich Twingherr und Landvogt im selben Verhältnis, wie sie die Einnahmen aus Bussengeldern unter sich aufteilten (2:1).

38 Egli, Gerichtsverfassung (wie Anm. 36), S. 70. Das Bussenregister des Emmer Twinggerichts aus dem Jahr 1647 weist vierzehn mehrheitlich geringfügige Vergehen auf, die mit insgesamt 96 Gulden geahndet worden sind (StALU, AKT 11Q/639, Einnahmen/Bussen Emmen Gricht, Ao 1647). Darunter fielen Strafen wegen Ehrverletzung, wegen Verstössen gegen die Allmend- und die Feiertagsordnung, wegen Holzfrevel etc.

39 StALU, AKT 11Q/83, Gerichtsordnung Rothenburg und Emmen, 1587.

schädigung in Form von Naturalien.[40] Im 18. Jahrhundert wurden die Gerichtstage im Gasthaus «Emmenbaum» abgehalten. Ein Urteilsspruch wurde nun mit zwei Gulden zuzüglich der Gerichtskosten belastet.[41] Durch den Erwerb des Niedergerichts erfuhr die Stellung des Weibels innerhalb des Twingverbands eine zusätzliche Aufwertung. Selbst wenn die Gerichtskompetenzen auf den ersten Blick nicht sehr bedeutend scheinen mögen, deckten sie praktisch die gesamte Spannweite des Lebens- und Arbeitsalltags ab. Die übergeordneten Ebenen im Luzerner Instanzenzug lagen beim Vogtgericht, welchem der Landvogt vorstand. Der Appelationsweg führte sodann über den Kleinen Rat, der letztinstanzlich über alle bedeutenderen Fälle – ohne Malefiz – entschied.[42] Die engere Blutgerichtbarkeit, welche über Leben und Tod urteilte, lag bei Rät und Hundert (Klein- und Grossrat zusammen), wobei ein Ausschuss des Kleinen Rats vorgängig abklären musste, ob es sich um einen derartigen Fall handle.[43]

## Zusammenfassung

Der Twing Emmen nahm in der frühen Neuzeit wegen seiner geostrategischen Lage als zentrumsnaher Vorort Luzerns eine besondere Stellung ein. Die daraus resultierende stärkere obrigkeitliche Kontrolle bewirkte zwar einerseits eine lästige Einengung des alltäglichen Handlungsspielraums für die Emmer Bevölkerung. Andererseits verhalf die spezielle Beachtung seitens der Luzerner Obrigkeit den lokalen Entscheidungsträgern zu mehr Macht und Ansehen im Umgang mit deren Vertretern, vor allem aber gegenüber den gewöhnlichen Landleuten innerhalb des Twingverbands. Dies gilt insbesondere für den Inhaber des Weibelamts, welches aufgrund der Kompetenzenvielfalt zu einer dominanten Stellung im Twing verhalf und deshalb von den Landleuten wohl mehr als obrigkeitliches Disziplinierungs-Instru-

40 Ebenda. Ende des 16. Jahrhunderts betrug das Entgelt für einen Urteilsspruch mit dazugehöriger Kundschaft am Wochengericht je einen halben Batzen. Bei einem «gekauften Gericht» stand den Gerichtsleuten zudem ein Morgenbrot und die Tagesverpflegung zu. Beanspruchte die Urteilsfindung überdurchschnittlich viel Zeit, oder mussten die Geschworenen im Eilverfahren richten, erhöhte sich die Entschädigung. 1589 umfasste sie eine Mahlzeit inklusive eines «Abendtrunks» (StALU, AKT 11Q/83, Nr. 13, 1589)! Die Zehrung der Richter war offensichtlich bereits im Spätmittelalter Bestandteil der Prozesskosten. Vergleiche Vinzenz Bartlome, *Die Rechnungsbücher des Wirtes Hans von Herblingen als Quelle zur Wirtschaftsgeschichte Thuns um 1400*, Bern 1988, S. 98.

41 Vergleiche KoAE, Mappe Urkunden 1700–1800, Nr. 78, Gerichtsurteil eines gekaufft Gricht zuo Emmen, 19.2.1727.

42 Vergleiche Niklaus Bartlome, «Zur Bussenpraxis in der Landvogtei Willisau im 17. Jahrhundert», in: *Jahrbuch der Historischen Gesellschaft Luzern* 11, 1993, S. 2–15, hier S. 3.

43 Dazu René Pahud de Mortanges, «Zum rechtshistorischen Umfeld der Luzerner Strafjustiz im Ancien Régime», in: Jürg Manser et al., *Richtstätte und Wasenplatz in Emmenbrücke*, Bd. 2 (= *Schweizer Beiträge zur Kulturgeschichte und Archäologie des Mittelalters* 19), Basel 1992, S. 223–231, hier S. 226; sowie Manuela Ros, «Die Malefizordnung des Standes Luzern (17. Jahrhundert)», in: Manser, Richtstätte (wie Anm. 43), S. 243–252 – hier ist die Gerichtsordnung im Wortlaut wiedergegeben, S. 253f.

ment denn als integrierendes Gemeindeamt empfunden wurde. Demgegenüber dürfte der Emmer Wuhrmeister wegen seiner gemeinschaftsfördernden Funktion stärker als «Integrationskraft» perzipiert worden sein. Der Nutzungsverband entschied in inneren Angelegenheiten mehrheitlich autonom und wusste zudem, den eigenen Handlungsspielraum dank verschiedenster Einnahmequellen zunehmend auszuweiten. Davon zeugen unter anderem die positiven Rechnungsabschlüsse der Emmer Twing-Säckelmeister. Dies darf indes nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Befugnisse der Gemeindeversammlung und des Twinggerichts letztlich Ausdruck eher geringer Kompetenzdelegation waren. Von den sich ausweitenden Verwaltungsaufgaben profitierten über finanzielle Partizipation wiederum in erster Linie die Twingbeamten, wobei diese «beamteten Stellen» – ähnlich wie bei der Regimentsfähigkeit des Luzerner Patriziats ganz im Sinn Max Webers – einem erlauchten Kreis Emmer Familiengeschlechter vorbehalten blieb.